

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung
der NATO**

**Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom
19. bis 22. Mai 2023 in Luxemburg**

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|--|-------|
| 1 Teilnehmende der deutschen Delegation..... | 2 |
| 2 Schwerpunkte der Tagung..... | 2 |
| 3 Politischer Ausschuss..... | 2 |
| 4 Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit | 6 |
| 5 Ausschuss für Demokratie und Sicherheit | 10 |
| 6 Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit | 14 |
| 7 Ausschuss für Wissenschaft und Technologie | 16 |
| 8 Plenarsitzung | 18 |
| 9 Verabschiedete Erklärungen..... | 21 |

1 Teilnehmende der deutschen Delegation

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der Nordatlantikpakt-Organisation (North Atlantic Treaty Organization, NATO PV) fand vom 19. bis 22. Mai in Luxemburg statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegationsmitglieder:

Deutscher Bundestag:

Abgeordneter Dr. Johann David Wadehul, Delegationsleiter (CDU/CSU),

Abgeordnete Marja-Liisa Völlers, stellvertretende Leiterin der Delegation (SPD),

Abgeordneter Wolfgang Hellmich (SPD),

Abgeordnete Bettina Lugk (SPD),

Abgeordnete Kerstin Vieregge (CDU/CSU),

Abgeordneter Thomas Silberhorn (CDU/CSU),

Abgeordnete Merle Spellerberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Abgeordneter Dr. Marcus Faber (FDP),

Abgeordneter Gerold Otten (AfD).

Bundesrat:

Staatsminister Peter Beuth (CDU), Hessen,

Staatsminister Rainer Robra (CDU), Sachsen-Anhalt.

2 Schwerpunkte der Tagung

Schwerpunkte der Tagung waren die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, die Umsetzung des neuen strategischen Konzepts der NATO, Chinas globale Rolle, die Sicherstellung einer industriellen Verteidigungsbasis, die Lage von Kindern in bewaffneten Konflikten sowie die Frage der Ernährungssicherheit. Im Hinblick auf den NATO-Gipfel vom 11. bis 12. Juli in Vilnius wurden zwei Erklärungen angenommen. In der Erklärung „United and resolute in support of Ukraine“ fordert die Versammlung, die Ukraine so lange zu unterstützen, bis die Ukraine sich durchgesetzt und ihre territoriale Integrität vollständig wiederhergestellt hat. Die Regierungen werden aufgefordert zu bekräftigen, dass „die Ukraine ihren rechtmäßigen Platz in der NATO hat, dass die Ukraine Mitglied des Bündnisses werden wird, dass die Bündnispartner die Ukraine bei der Erfüllung der notwendigen Bedingungen auf dem klaren Weg zum Beitritt unterstützen werden, und dass die Ukraine auf diesem Weg bedeutende Fortschritte erzielt hat“. In der Erklärung „Eine neue NATO im Zeitalter des strategischen Wettbewerbs: Beschleunigung der Anpassung der NATO auf dem Gipfel in Vilnius“ wird die Forderung erhoben, neue Verteidigungsausgaben und Investitionsverpflichtungen über das Jahr 2024 hinaus zu vereinbaren, die über ein Mindestinvestitionsniveau von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung hinausgehen.

Die Erklärungen, die Berichtsentwürfe sowie die Zusammenfassungen der Beratungen in den Ausschüssen der Tagung sind auf der NATO PA-Webseite innerhalb der „E-LIBRARY“ abrufbar.

3 Politischer Ausschuss

Der Politische Ausschuss tagte am Sonntag, 21. Mai 2023, unter dem Vorsitz von Brendan Boyle (USA). Schwerpunkte der Beratungen waren der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die NATO-Politik der „offenen Tür“, die Neuausrichtung der globalen Ordnung und der Kampf für eine demokratische Zukunft in Belarus.

3.1 Vortrag von Tom Köller, Direktor für Verteidigung im luxemburgischen Außenministerium, zum Thema „Die Perspektive Luxemburgs auf die neue strategische Lage und die Anpassung der NATO“

Tom Köller betonte die Bedeutung einer glaubwürdigen NATO-Politik der Abschreckung und der kollektiven Verteidigung. Russland sei derzeit die größte Herausforderung für das Bündnis und könne jederzeit die Bündnisolidarität testen. Der Klimawandel und neue Technologien forderten das Bündnis ebenso im hohen Maße. Als kleines Land verfüge Luxemburg über eine aus 1.000 Soldatinnen und Soldaten bestehende Armee. Nach dem Angriff auf die Ukraine habe Luxemburg die Zahl seiner in Rumänien stationierten Soldaten auf 27 erhöht. Gefragt nach seiner Ansicht zu einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine erklärte er, dass es sich bei der Mitgliedschaft um eine langfristige Perspektive handele und die Tür zur NATO offengehalten werden solle.

3.2 Vortrag von Swetlana Tichanowskaja, zum Thema „Der Kampf für eine demokratische Zukunft in Belarus im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine“

Swetlanja Tichanowskaja trug vor, der Kampf der Belarussinnen und Belarussen für ihre Unabhängigkeit und Freiheit sei ein gemeinsamer Kampf angesichts des Krieges in Europa vor dem Hintergrund, dass Menschen wegen ihrer politischen Ansichten inhaftiert würden. Unter dem Regime von Lukashenka seien tausende Menschen im Gefängnis inhaftiert. Dieser habe nur durch die Unterstützung von Putin politisch überleben können. Der Preis sei die Aufgabe der Unabhängigkeit von Belarus. Lukashenka sei ein stellvertretender russischer Agent, der die europäische Sicherheit destabilisiere und vom ersten Tag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine an, Putin bei seinen kriminellen Aktivitäten unterstütze. Sie forderte den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag auf, wie gegenüber Putin einen Haftbefehl gegen Lukaschenka wegen des Verbrechens der Aggression und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu erlassen. Ferner forderte sie, die belarussische Bevölkerung in ihrem Kampf gegen das Lukaschenka-Regime zu unterstützen. Man müsse sich von der Illusion verabschieden, dass Diktatoren besänftigt werden könnten. Ein demokratischer Wandel in Belarus und der Zusammenbruch des Lukaschenka-Regimes seien der beste Weg, zu einem Sieg der Ukraine beizutragen. Belarus sei sowohl Teil des Problems als auch der Lösung. Die Information über eine Erkrankung Lukashenkas habe gezeigt, wie instabil und verwundbar das Regime sei. Sie forderte weitere Wirtschaftssanktionen, um das Regime weiter unter Druck zu setzen.

3.3 Diskussion über den russischen Krieg in der Ukraine: „Vorgezogene Lehren und zukünftige Szenarien“. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine: die globale Ordnung überdenken“, vorgelegt von dem Generalberichtserstatter Tomas Valasek (Slowakei). Vortrag von Roland Freudenstein, Vizepräsident von GLOBSEC, zum Thema „Mittel- und Osteuropa: wegweisend für die Sicherheit der EU“

Tomas Valasek stellte Vorschläge zur verbesserten Unterstützung der Ukraine und zur zukünftigen Anpassung der NATO vor. Die Ukraine müsse sich durchsetzen und einen Großteil der russischen Gebietsgewinne rückgängig machen können. Zugeständnisse an Moskau sendeten das Signal, dass der gewaltsame Erwerb von Territorium ein legitimes politisches Instrument sei. Die NATO-Russland-Grundakte mit ihren Bestimmungen zur Begrenzung einer dauerhaften Stationierung von Truppen an den NATO-Außengrenzen müsse angesichts der wiederholten und eklatanten Verstöße Moskaus ausdrücklich für nichtig erklärt werden. Die Einhaltung des Ziels, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben auszugeben sei entscheidend und müsse auf 2,5 Prozent erhöht, die regelbasierte und auf die Vereinten Nationen zentrierte internationale Ordnung müsse wiederhergestellt werden.

Roland Freudenstein ging auf die EU-Hilfen an die Ukraine ein, deren Gesamtvolumen sich auf ungefähr 37,8 Milliarden Euro belaufen. In den Jahren 2022 und 2023 seien davon für Makrofinanzhilfen 25,2 Milliarden bereitgestellt worden. Die Mitgliedstaaten könnten zudem 17 Milliarden Euro aus Kohäsionsmitteln für die Aufnahme von Flüchtlingen abrufen. Mit der Europäischen Friedensfazilität sei ein integraler Bestandteil der EU-Unterstützung für die Förderung von Frieden und Sicherheit weltweit geschaffen, deren finanzielle Obergrenze sei im März 2023 auf über 7,9 Milliarden Euro angehoben worden. Die Mission der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zur Unterstützung der Ukraine innerhalb des EU-Gebiets habe das Ausbildungsziel auf 30.000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten bis Ende 2023 heraufgesetzt. Ein wichtiger Schritt sei die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine. Er bedauerte, dass die Lieferung von modernen Kampfpanzern an die Ukraine nicht bereits im Herbst 2022 erfolgt sei und erklärte, das Ergebnis der damaligen Herbstoffensive wäre deutlich größer gewesen, hätte die Ukraine bereits über moderne Kampfpanzer verfügen können. Russland sei sehr schwach aufgestellt gewesen. In den Ländern des „globalen Südens“ sei die Auffassung vorherrschend, dass Russland gegen die US-Hegemonie vorgehe. Der Westen müsse diesem Narrativ vereint entgegen treten. Er widersprach der Vorstellung, Russland gegen China ausspielen zu können und argumentierte in Anspielung auf die Lage in Taiwan, dass beide Seiten der Gleichung verstanden werden müsse. Auf Ungarn bezogen führte er aus, dass die EU bei der Einhaltung von Standards gegenüber Mitgliedstaaten über zunächst schwache, dann aber immer stärker werdende Instrumente verfüge.

Auf die Forderung eines polnischen Delegierten nach einer stärkeren Flugabwehr für die NATO-Ostflanke erklärte er, Notfallplanungen gäbe es, im Fall eines Bündnisfalls nach Artikel 5 des NATO-Vertrages seien in Osteuropa bei der Luftabwehr aber keine echten Fähigkeiten vorhanden. Er konstatierte eine Lücke in Höhe von einer Milliarden US-Dollar für die Beschaffung des Flugabwehrraketensystems Patriot (Phased Array Tracking Radar to Intercept on Target). Die USA und Deutschland hätten jedoch große Investitionen im Bereich der Luftabwehr getätigt. Staatsminister **Rainer Robra** (Sachsen-Anhalt) ging auf die Aufnahme von vier Millionen ukrainischen

Flüchtlingen in der EU ein und verwies besonders auf die Aufnahmeleistungen der Länder Polen und Deutschland. Die EU habe ein großes Interesse an einer raschen Beendigung des Krieges, so dass aus der Ukraine Geflüchtete wieder ihre Heimat zurückkehren könnten. **Roland Freudenstein** dankte für den Hinweis auf die menschliche Dimension des Krieges und ging auf die über 10.000 entführten ukrainischen Kinder ein. Auf die Forderung eines slowakischen Delegierten, dass vom anstehenden NATO-Gipfel in Vilnius ein starkes Signal für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ausgehen müsse, legte Freudenstein dar, die damalige Entscheidung im Jahr 2008, Georgien und der Ukraine nicht den Status eines Membership Action Plan zu verleihen, sei ein Fehler gewesen. Putin habe diese Entscheidung so verstehen müssen, dass die NATO eine Mitgliedschaft für beide Länder nicht ernst nehme und sei daraufhin in Georgien einmarschiert.

3.4 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Chinas globale Rolle im Gefolge des russischen Krieges gegen die Ukraine“, vorgelegt von der Berichterstatterin Ana-Maria Catauta (Rumänien)

Ana-Maria Catauta warnte davor, Chinas Rolle im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu unterschätzen. Faktisch habe sich das Regime auf die Seite Russlands gestellt. Gleichzeitig profitiere China wirtschaftlich erheblich von dem Krieg. Nachdem viele Handelspartner in 2022 Sanktionen gegen Russland verhängt hätten, sei das Handelsvolumen zwischen Russland und China um 35 Prozent gestiegen. Die euro-atlantische Gemeinschaft müsse sich auf gemeinsame rote Linien einigen und klare Grenzen setzen. Gleichzeitig müsse China als Kooperationspartner im Kampf gegen die großen globalen Herausforderungen wie den Klimawandel und Pandemien bewahrt werden. China sei und bleibe der größte Importeur für die Vereinigten Staaten und die EU. Gleichzeitig würden die drei Partner versuchen, ihre Abhängigkeit voneinander zu reduzieren. Die NATO-Mitglieder müssten sich stärker über chinesische Investitionen und Aktivitäten austauschen und abstimmen, um eine wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit von der Großmacht zu verhindern. Chinas Entwicklung hin zu einem autokratischen Staat stelle die demokratische Gemeinschaft vor erhebliche Herausforderungen. Das Regime werde aller Wahrscheinlichkeit nach versuchen, die aktuelle Schwäche Russlands zu nutzen, um seinen globalen Einfluss zu stärken. Dafür müsse die NATO-Gemeinschaft gewappnet sein und eine eindeutige, gemeinsame Reaktion parat haben. Eine gewisse Konfrontation mit China müsse in Kauf genommen werden. Die NATO sei eine euro-atlantische Allianz und wolle sich nicht auf den indopazifischen Raum ausweiten. Dennoch müssten sich alle Beteiligten die Relevanz der Stabilität des indopazifischen Raums für die Sicherheitslage der NATO-Staaten bewusst sein. Es sei entscheidend, die vielschichtigen Kommunikationskanäle mit der chinesischen Regierung aufrecht zu erhalten und zu nutzen, um einen Überblick über die militärischen und politischen Entwicklungen in China zu behalten und frühzeitig auf potenzielle Risiken reagieren zu können.

Gilbert Roger (Frankreich) schlug vor, die Formulierung „Chinas Bedrohung“ durch „Chinas Herausforderung“ zu ersetzen. **Sverre Myrli** (Norwegen) bestätigte den starken Einfluss Chinas auf die Staaten des Westbalkans und betonte die Bedeutung der Pflege guter Verbindungen zu Australien, Japan, Süd-Korea und Neuseeland. Auf Nachfrage von **Oleksandr Merezko** (Ukraine, Partner) erläuterte **Catauta**, dass China Russland als Junior-Partner behandle und sowohl politisch als auch ökonomisch vom russischen Angriffskrieg profitiere. **Catauta** bat die Mitglieder um Hinweise für einen möglichen Standort für ein NATO-Verbindungsbüro im indopazifischen Raum.

3.5 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Die Zukunft der NATO-Politik der offenen Tür“, vorgelegt von dem Berichterstatter Audronius Azubalis (Litauen)

Audronius Azubalis unterstrich die Bedeutung der Beibehaltung der NATO-Politik der offenen Tür für die euro-atlantische Sicherheit. Darüber hinaus stärke ein NATO-Beitritt der fortgeschrittenen Demokratien Finnland und Schweden das Bündnis politisch, militärisch und geographisch. Der schwedische Ratifizierungsprozess müsse so schnell wie möglich abgeschlossen werden. Der bevorstehende NATO-Gipfel in Vilnius stelle eine einmalige Gelegenheit für die Bündnispartner dar, eine Einladung zum NATO-Beitritt an die Ukraine auszusprechen, was aber nicht bedeute, dass die Beitrittsprotokolle sofort unterzeichnet werden müssten. Auch Georgien sei ein wichtiger und geschätzter NATO-Partner in der Schwarzmeer-Kaukasus-Region. Für Georgien müsse mehr praktische Unterstützung angeboten werden, damit Georgien den europäischen und euro-atlantischen Reformkurs beibehalte, die gemeinsamen Werte und Prinzipien der NATO gewissenhaft einhalte und auf die Bedenken der Bündnispartner hinsichtlich der Konsolidierung seiner Demokratie eingehe. Darüber hinaus bedürfe auch der NATO-Integrationsprozess von Bosnien und Herzegowina weiterer Unterstützung.

Gilbert Roger (Frankreich) betonte die Bedeutung für die Ukraine, eine Beitrittsoption zur NATO zu haben. Auf Nachfrage von **Tom Vandenkendelaere** (Europäisches Parlament, Partner) betonte **Azubalis** die Rolle der EU bei der Unterstützung von Beitrittskandidaten wie Georgien, Bosnien und Herzegowina ihre Demokratien zu stärken und Reformen umzusetzen. Er sei optimistisch, dass die Türkei und Schweden einen Kompromiss fänden, der den Weg für einen NATO-Beitritt Schwedens freimache. Dieser Beitritt sei essenziell für die Stärkung der nördlichen NATO-Flanke. **Oleksandr Merezhko** (Ukraine, Partner) bat die NATO-Länder, der Ukraine eine Beitrittsinvitation auszusprechen, die ein starkes Signal der vereinten Unterstützung aussenden würde. **Irakli Beria** (Georgien, Partner) forderte eine stärkere Unterstützung des politischen Prozesses hinsichtlich des NATO-Beitritts Georgiens. **Azubalis** unterstützte den Beitritt Georgiens, appellierte aber auch an die georgische Regierung, die Forderungen der westlichen Staaten ernst zu nehmen und anzugehen. Die Politik der offenen Tür setze eine starke und geschlossene politische Führung der Mitgliedsländer voraus. **Driton Hyseni** (Republik Kosovo, Beobachter) bestätigte die große Bedeutung der NATO für die Region des westlichen Balkans und schlug vor, die Beitrittsambitionen von Kosovo in den Bericht aufzunehmen. **Azubalis** stimmte zu, einen Hinweis in die Einleitung des Berichts aufzunehmen. Inhaltlich beschäftige sich der Bericht nur mit den Beitrittskandidaten, zu denen der Kosovo noch nicht gehöre.

3.6 Beratung des Berichtsentwurfs der Sondergruppe Mittelmeer und Naher Osten zum Thema „Geopolitische Verschiebungen in Iran und am Golf“, vorgelegt von dem Berichterstatter Theo Francken (Belgien)

Theo Francken (Belgien) erläuterte, wie die aktuellen Entwicklungen in der Golfregion und im Iran die Sicherheitslage für die NATO beeinflussen. Die langjährigen Spannungen zwischen Katar und den Mitgliedern des Golfkooperationsrates hätten sich abgeschwächt. Die Golfregion sei ein wichtiger Handelspartner für die EU und die Beziehungen böten Chancen zur wirtschaftlichen Entwicklung. Das Regime in Teheran jedoch unterstütze den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und habe unter anderem Munition an die russische Armee geliefert sowie militärische Truppen zur Unterstützung auf der Krim entsandt. Die militärische Haltung und nuklearen Ambitionen des iranischen Regimes seien besorgniserregend. Demokratiebewegungen innerhalb des Irans müssten nach Kräften unterstützt werden, damit diese eine Chance hätten, sich gegen die Scharia-Diktatur durchzusetzen. Die islamische Revolutionsgarde solle als terroristische Vereinigung gelistet werden und die Mitgliedstaaten müssten sich auf eine gemeinsame Strategie im Kampf gegen die nukleare Aufrüstung des Irans einigen. Es sei ein klares Zeichen zu setzen, dass eine Unterstützung Russlands nicht toleriert werde. Dazu gehöre auch die Intensivierung der Sanktionen. Das Bündnis mit den übrigen Golfstaaten solle vertieft werden, um insbesondere die Versorgung mit Energie aus der Golfregion langfristig sicherzustellen. Dies sei insbesondere wichtig, um unabhängig von der russischen Energie zu werden. Wichtig sei, die Einhaltung von Menschenrechten in der Region zu fördern und langfristig zu garantieren.

Auf die Frage von **Jean-Marie Fiévet** (Frankreich) nach den Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitslage in der Golfregion, nannte **Theo Francken** Beispiele für Nachhaltigkeitsinitiativen im Mittleren Osten. **Cheryl Gallant** (Kanada) informierte, dass in Kanada die iranische Revolutionsgarde auf der Liste terroristischer Vereinigungen stehe, und schlug vor, iranisches Öl zu sanktionieren. **Theo Francken** erwiderte, solche Sanktionen seien bei Lieferungen von Waffen an Russland notwendig. **Audronius Azubalis** (Litauen) erkundigte sich nach den Möglichkeiten, den Iran dazu anzuhalten, die internationalen Sanktionen gegen das russische Regime zu unterstützen. **Theo Francken** forderte die EU auf, sich Kanada anzuschließen und die iranische Revolutionsgarde auf die Liste terroristischer Vereinigungen zu setzen und die Sanktionen gegen den Iran zu verstärken. Israel werde alles in seiner Macht stehende tun, um den Iran an der Erlangung von nuklearen Kapazitäten zu hindern. **Valerie Vaz** (Vereinigtes Königreich) sprach die von Iran festgehaltenen europäischen Geiseln an und fragte nach Wegen, wie sich die westlichen Staaten auch weiterhin auf den Mittleren Osten fokussieren könnten. **Theo Francken** betonte, derzeit habe die EU keine Strategie bei einer Geiselnahme durch den Iran.

4 Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Samstag, 20. Mai 2023, unter dem Vorsitz von Alec Shelbroocke (Vereinigtes Königreich). Schwerpunkt der Beratungen waren der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, gemeinsame Beschaffungen im militärischen Bereich sowie die Sicherstellung einer industriellen Verteidigungsbasis des Bündnisses.

4.1 Vortrag des stellvertretenden Premierministers Luxemburgs, François Bausch, zum Thema „Die Unterstützung der Ukraine durch Luxemburg und Beitrag zur Anpassung der Alliierten“

Minister **François Bausch** gab einen Überblick über die Unterstützungsleistungen für die Ukraine seit der russischen Invasion und unterstrich, Luxemburg helfe, solange wie die Ukraine Hilfe benötige. Sein Land liefere zudem medizinische Güter und leiste die Versorgung von Kranken.

Mike Turner (USA) erkundigte sich, warum Luxemburg als eines der reichsten Länder der Welt weniger als ein Prozent des Bruttosozialprodukts für Verteidigung ausbebe und wann das Land das Zwei-Prozent-Ziel erreiche. **Bausch** erklärte, Luxemburg habe zwar das höchste Bruttosozialprodukt in Europa, besitze jedoch nur eine kleine Armee mit 1.000 Soldatinnen und Soldaten. Nach dem NATO-Gipfel in Wales 2014 seien die Verteidigungsausgaben von 0,3 Prozent auf inzwischen ein Prozent erhöht worden. Auf die Frage eines Delegierten aus dem Vereinigten Königreich, ob Luxemburg dafür sei, die Ukraine als neues NATO-Mitglied aufzunehmen, antwortete **Bausch**, dass sein Land die Aufnahme der Ukraine in die NATO unterstütze, aber zuerst der Krieg beendet sein müsse. Auf die Frage, warum eine Erhöhung auf 2.000 Soldatinnen und Soldaten nicht möglich sei, erläuterte **Bausch**, von 900.000 lebten nur 600.000 Menschen dauerhaft in Luxemburg, daher sei es schwierig, ein größeres Militär zu etablieren und noch mehr Soldatinnen und Soldaten zu rekrutieren. **Zaida Cantera** (Spanien) ging auf die Bedeutung ein, Russland als Wirtschaftsmacht zu schwächen und erkundigte sich nach den Maßnahmen, die Luxemburg plane und nach der Umsetzung der gegen Russland verhängten Sanktionen. **Bausch** betonte, harte Sanktionen gegenüber Russland seien wichtig. Luxemburg habe sie von Anfang an vollständig umgesetzt, unterstützt und mit auf den Weg gebracht. Luxemburg sei zu einer weiteren Verschärfung der Sanktionen bereit. Solange große Wirtschaftsmächte, wie beispielsweise China und Indien, die Sanktionen gegen Russland nicht mittragen oder unterließen, könne sich deren Wirkung nicht vollständig entfalten. Auf die Frage von **Julie Dzerowicz** (Kanada) nach den Fähigkeiten im Bereich Cybersicherheit erläuterte **Bausch**, Luxemburg erweitere gegenwärtig seine Kapazitäten in den Bereichen Weltraum, Satellitentechnik und Cyberfähigkeiten, insbesondere durch Spezialisierung im Bereich militärischer Fähigkeiten in der Cyberabwehr. Ein norwegischer Delegierter ging auf das Ziel ein, 20 Prozent der nationalen Verteidigungsausgaben in neue Verteidigungsfähigkeiten zu investieren und erkundigte sich nach den Investitionen in Luxemburg. **Bausch** erläuterte, Luxemburg habe im militärischen Bereich beispielsweise 400 Millionen Euro in die Cyberabwehr und darüber hinaus in die Forschung, Kommunikation und Satellitentechnologie investiert.

4.2 Vortrag von Stacy A. Cummings, Generalmanagerin der NATO-Agentur für Unterstützung und Beschaffung, zum Thema „Die Beschaffung der Alliierten im Lichte der überarbeiteten Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie der NATO“

Stacy A. Cummings betonte die Bedeutung eines gemeinsamen strategischen Einkaufs innerhalb der NATO-Staaten. Der Schlüssel zum Erfolg seien das Zusammenführen der Fähigkeiten sowie innovative und effiziente Einkaufsprozesse. Sie nannte als Beispiel die Versorgung der Ukraine mit Munition, bei der sichere Produktions- und Lieferketten sowie entsprechende Signale an die Industrie bedeutsam seien. Durch Synchronisation und Harmonisierung von Standards würden erfolgreiche langfristige multinationale Fähigkeiten möglich. Die gemeinsame Koordination und Harmonisierung führten zu Kostenreduktionen und harmonisierte, standardisierte Prozesse zu technologischen Vorteilen. Dies alles zusammen ermögliche ein robusteres, agileres und mobileres Bündnis. **Zaida Cantera** (Spanien) forderte angesichts der russischen Desinformationen ein gemeinsames Narrativ der NATO gegenüber den nationalen Bevölkerungen. **Cummings** betonte, dass Narrative wichtig seien, es aber Aufgabe der nationalen Regierungen sei, gegenüber der eigenen Bevölkerung zu kommunizieren. Auf die Frage des Vertreters des Europäischen Parlaments, wie die European Defence Agency besser integriert werden könne, antwortete **Cummings**, dass keine Konkurrenz, sondern getrennte, unterschiedliche Aufgabenbereiche bestünden. **Wolfgang Hellmich** (SPD) dankte für den Bericht und erläuterte, dass hinsichtlich Normung und Standardisierung mit Produkten beispielsweise aus China versucht werde, europäische oder westliche Normungssysteme durch Produktion anderer Standards außer Kraft zu setzen. Hierzu erläuterte **Cummings**, die beste Herangehensweise liege im gemeinsamen Einkauf von Systemen sowie in der Wartung von alten, bestehenden Systemen. Innerhalb der NATO gebe es eine große Vielfalt unterschiedlicher Systeme. Es sei beim zukünftigen Erwerb von Material wichtig darauf zu achten, dass ein Rahmengerüst entwickelt werde, das sich durch die gesamte Lieferkette ziehe. **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich, worauf bei der Auswahl der Lieferanten und der Produktion besonders zu achten sei. Er kritisierte Deutschland, das die Lieferung von Rüstungsgütern in die Türkei blockiere. **Cummings** unterstrich, dass der Fokus auf den Wettbewerb im Bereich der Produktion,

Zukunftstechnologien, Partnerschaften, sachkundige Fachkräfte und Koordination zu legen sei. Zur Kritik an Deutschland betonte sie, Exportkontrollvorschriften müssten eingehalten werden. Die Kritik an innerhalb der NATO bestehende unterschiedliche Flugzeugtypen, die durch die Diskussion über die Lieferung von Flugzeugen in die Ukraine deutlich geworden sei, sah Cummings als ein gutes Beispiel, zukünftig harmonisierte, gemeinsame Systeme auch hinsichtlich der Nutzung und Teilung gemeinsamer Energien anzustreben.

4.3 Vortrag von Professor Dr. Carlo Masala, Vorsitzender für Internationale Politik, Direktor des Metis Institut für Strategie und Vorausschau, Projektleiter Kompetenzzentrum Krisenfrüherkennung, zum Thema „Zukunftsperspektiven des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine“

Professor Carlo Masala informierte die Mitglieder über die aktuellen Entwicklungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Er stellte die strategischen Erwägungen der nächsten ukrainischen Gegenoffensive dar und erläuterte, wie ein möglicher Erfolg aussehen könne. Masala analysierte die zukünftige russische Außenpolitik und wie die NATO zukünftigen Aggressionen des russischen Regimes begegnen solle.

In der anschließenden Diskussion fragte **Jeroen van Wijngaarden** (Niederlande) nach der möglichen Rolle der F-16 Flugzeuge für die Verteidigung der Ukraine. **Masala** erklärte, er halte es für wahrscheinlicher, dass die von dem Vereinigten Königreich gelieferten Storm-Shadow-Raketenabwehrsysteme größere Wirkkraft als die F-16 Flugzeuge hätten. **Julie Dzerowicz** (Kanada) und **Gusty Graas** (Luxemburg) erkundigten sich nach möglichen Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine und fragten nach der Rolle von Sanktionen sowie der Rolle unbeteiligter Staaten. **Masala** betonte die Bedeutung von Sanktionen für den Erfolg von Verhandlungen. Die NATO-Mitgliedsländer sollten den Druck auf Russland über Sanktionen und andere Maßnahmen aufrechterhalten. Auf die Frage von **Arvydas Pocius** (Litauen) nach den Zukunftsaussichten der russischen Staatsführung, führte **Masala** aus, es sei wahrscheinlich, dass diese vergleichbar mit der unter Putin sein werde. **Ion Spac** (Republik Moldau, Partner) thematisierte die russische Politik gegenüber der Republik Moldau. **Masala** erläuterte, das russische Regime werde auch zukünftig eine destabilisierende Rolle in dieser Region spielen. **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) fragte nach, inwiefern sinkende Verteidigungsressourcen der Allianz Russland zu Angriffen ermutigen könnte und ob die Ukraine vergleichbar, mit West-Deutschland im Jahr 1955, in die NATO eingeladen werden könne. **Masala** bezeichnete die Verteidigungsressourcen der NATO als einen potenziellen Schwachpunkt und führte aus, die Ukraine sei noch nicht bereit für einen NATO-Beitritt. Er sei aber der einzige Weg zu einem nachhaltigen Frieden.

4.4 Beratung des Sonderberichts Entwurfs „Der Kampf der Ukraine für die Freiheit und die Antwort der Alliierten und der Welt auf Russlands Krieg“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Rick Larsen (Vereinigte Staaten)

Rick Larsen erklärte, der Sonderbericht enthalte Ausführungen zum Wiederaufbau der Ukraine und einige wichtige Empfehlungen an die NATO-Mitglieder. Die militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine müsse fortgesetzt werden, so dass die Ukraine ihren Vorteil auf dem Schlachtfeld ausbauen könne. Eine ukrainische Gegenoffensive werde kommen, um erfolgreich zu sein, benötige sie die Unterstützung aller NATO-Mitgliedstaaten. Die NATO solle sich auf die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte konzentrieren und dafür Sorge tragen, dass die militärische Hilfe auf lange Sicht nachhaltig sei. Die zunehmend wirksamen Sanktionen müssten aufrechterhalten und verschärft werden. Nach einem Bericht des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Union sei Russlands Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 um 2,1 Prozent zurückgegangen, die Öleinnahmen seien im Januar 2023 um mehr als 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und im Februar 2023 um mehr als 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Die Sanktionen schränkten Russlands Fähigkeit den Krieg zu finanzieren erheblich ein. Russland verliere den für den Betrieb seiner Wirtschaft nötigen Zugang zu den Kapital- und Technologiemarkten, so dass sich deren Auswirkungen noch verschärfen würden. Russland müsse für seine Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden. Zu China erklärte er, obwohl China rhetorisch ähnliche Narrative bediene wie Russland, habe es bisher nicht aktiv in den Krieg eingegriffen und signalisiert, als Mediator bereitzustehen. Dieses Angebot solle nicht ungenutzt gelassen werden. Die Stärkung der ukrainischen Demokratie müsse sichergestellt und ernsthafte Überlegungen zum Wiederaufbau angestellt werden. Die Zukunft der Ukraine liege in der euro-atlantischen Gemeinschaft. Verbündete und Partner der NATO unterstützten bereits ukrainische Ingenieure beim Wiederaufbau kritischer, durch russische Raketenangriffe beschädigter Infrastruktur. Diese Soforthilfe und der grundlegende Wiederaufbau seien unerlässlich für eine erfolgreiche und friedliche Zukunft des Landes. Die längerfristigen Bemühungen nach dem Krieg müssten sich auf den Wiederaufbau einer modernen,

demokratischen, widerstandsfähigen und wirtschaftlich dynamischen Ukraine konzentrieren, die in der Lage sei, sich in die EU und die NATO zu integrieren.

Auf die Frage von **Lord Hamilton** (Vereinigtes Königreich) nach dem Zeitplan für die Lieferungen von F-16 Kampfflugzeuge an die Ukraine antwortete Larsen, dass er darüber keine Kenntnis habe. **Vahagn Aleksanyan** (Armenien, Partner) kritisierte den Bericht bezüglich der Auswirkungen der westlichen Sanktionen auf die russische Wirtschaft, wonach der Anstieg von russischen Importen unter anderem aus Armenien beschrieben werden, und forderte eine Umformulierung. **Julie Dzerowicz** (Kanada) bat darum, einen zusätzlichen Hinweis auf die Ausbildung ukrainischer Truppen durch Kanada aufzunehmen. **Larsen** versprach, sich mit den Anliegen auseinanderzusetzen.

4.5 Beratung des Generalberichtsentwurfs „Sicherstellung einer industriellen Verteidigungsbasis des Bündnisses für die neue Abschreckungs- und Verteidigungsbasis der NATO“, vorgelegt durch den Generalberichterstatter Utku Cakirozer (Türkei)

Für den abwesenden Generalberichterstatter stellte **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) die strategischen Herausforderungen der Waffenlieferungen an die Ukraine vor. Diese zu lösen sei entscheidend für den Erfolg der ukrainischen Verteidigung und die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen der NATO. Die Ukraine verbrauche derzeit das von den NATO-Mitgliedern bereitgestellte militärische Gerät schneller, als es nachbeschafft werden könne, was die Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses gefährde. Die Zusammenarbeit innerhalb der NATO müsse verstärkt werden. Es sei nicht effizient, wenn die Länder auf ihre eigenen nationalen Entwicklungs- und Produktionsfirmen setzten und somit viele Stellen gleichzeitig an der Entwicklung bestimmter Waffen forschen, statt ein Projekt gemeinsam voranzutreiben. Statt im Bedarfsfall auf US-amerikanische Alternativen zurückzugreifen, sollten die europäischen Staaten sich gegenseitig unterstützen, ihre Produktion koordinieren und zusammenlegen. Innerhalb Europas solle die Standardisierung der militärischen Ausrüstung angestrebt werden. Die angekündigte „European Sky Shield Initiative“ sei ein guter Schritt in diese Richtung. Die Verteidigungsausgaben müssten erhöht, das Zwei-Prozent-Ziel dürfe lediglich als Minimum, nicht als Maximum angesehen werden. Es sei die Aufgabe der Mitgliedstaaten, sicherzustellen, dass die vorhandene Ausrüstung auch tatsächlich einsatzbereit sei.

Jean-Marc Todeschini (Frankreich) äußerte Bedenken hinsichtlich der Kritik an der Blockade von nichteuropäischen Mitgliedsländern bei der Beschaffung von militärischer Ausstattung. Er sei unzufrieden über die Kritik an Frankreich, das nicht der European Sky Shield Initiative beitreten möchte und bat um eine Umformulierung des Abschnitts. **Pierre-Hugues Boisvenu** (Kanada) regte an, einen Hinweis mitaufzunehmen, dass der zukünftige Hauptsitz des Zentrums für Innovationsbeschleunigung im Verteidigungsbereich für den Nordatlantik (DIANA) für Nord-Amerika in Halifax (Kanada) und für Europa in London (Vereinigtes Königreich) sein werde.

4.6 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Veränderung auf dem Meer: die rasante Entwicklung der Sicherheit in der Ostsee nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine“, vorgelegt von dem Berichterstatter Jeroen van Wijngaarden (Niederlande)

Jeroen van Wijngaarden erläuterte, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe sich das politische Gewicht des Ostseeraums dramatisch verschoben und mit Ausnahme Russlands habe sich die Region mit ihrer verstärkten politischen Zusammenarbeit, wirtschaftlichem Wachstum und vertieften Handelsbeziehungen sehr gut entwickelt. Ab 2014 hätten die rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland sowie die finanzielle und militärische Unterstützung bewaffneter Formationen in der Ostukraine Erschütterungen ausgelöst und die Sicherheitslandschaft an der Ostflanke der NATO grundlegend verändert. In der Folge habe die NATO zur Gewährleistung der Sicherheit der östlichen Bündnispartner ihre Streitkräfte in den Ostseeraum verlegt. Diese Maßnahmen hätten sich als notwendig erwiesen, da sich die russische Außenpolitik gegenüber der NATO zunehmend verhärtet habe und es zu einer dramatischen Zunahme militärischer Beinahe-Zusammenstöße zwischen russischen und NATO-Streitkräften gekommen sei. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine habe erneut das Sicherheitsumfeld im Ostseeraum grundlegend verändert und in deren Folge habe die NATO weitere Streitkräfte in die Ostseeregion verlegt sowie dafür gesorgt, dass genügend Streitkräfte und Ausrüstung im Osten stationiert seien. Innerhalb des ersten Monats nach Beginn des Krieges habe die NATO zusätzliche 8.900 Soldaten in die Vorverteidigung (Enhanced Forward Presence, eFP) der Gefechtsverbände verlegt und die Vereinigten Staaten ihre Streitkräfte in Europa auf über 100.000 Mann aufgestockt. Der gemeinsame Beschluss Finnlands und Schwedens, ihre jahrzehntelange Verpflichtung zur Neutralität aufzugeben und einen Antrag auf einen NATO-Beitritt zu stellen, sei historisch. Mit dem NATO-Beitritt Finnlands am 4. April 2023 habe sich die gemeinsame Grenze mit Russland mit

1.340 km mehr als verdoppelt, was erhebliche neue Verantwortlichkeiten für die kollektive Verteidigung an der NATO-Außengrenze geschaffen habe. Gleichzeitig bringe Finnland bemerkenswerte Verteidigungsfähigkeiten in das Bündnis ein. Sein gesamtstaatliches Verteidigungskonzept konzentriere sich auf Widerstandsfähigkeit und schnell skalierbare Fähigkeiten. Die finnischen Verteidigungskräfte könnten so trotz ihrer geringen Bevölkerungszahl im Kriegsfall rund 285.000 Soldatinnen und Soldaten mobilisieren. Die finnischen Land- und Luftstreitkräfte sowie ihre Artilleriefähigkeiten gehörten zu den besten in Europa. Auch Schweden stütze sich seit langem auf ein gesamtstaatliches Verteidigungskonzept und unterhalte langjährige enge Beziehungen zur NATO. Es sei an der Zeit, dass das Land dem Bündnis offiziell beitrete. Die NATO solle ihre vorgeschobenen Positionen in der Ostsee mit Hilfe einer neuen maritimen Strategie aufrechterhalten und verstärken, indem sie in neue regionale Mittel investiere, die nachrichtendienstliche Ausstattung in der Region verstärke, die Investitionen in Präzisionsangriffsfähigkeiten mit großer Reichweite erhöhe und die Küstenschutzsysteme verbessere. Kommando- und Kontrollverbindungen sowie logistische Knoten- und Stützpunkte müssten eingerichtet sowie über neue Ebenen der alliierten Vorwärtspräsenz, regionale Verteidigungspläne und kollektive Übungen entschieden werden. Die Bündnispartner sollten auf eine bessere Interoperabilität ihrer Streitkräfte und Ausrüstungen auf allen Ebenen drängen, um somit zu einer bereichsübergreifenden integrierten Abschreckung zu gelangen. Die NATO befinde sich besonders im Ostseeraum in einer Position zunehmender Stärke, wo eine "NATOisierung" Finnlands – mit Schweden in der Warteschleife – sowie ein Zustrom alliierter Streitkräfte und Ausrüstung vor sich ginge, der die Gesamtpräsenz der NATO in der Region intensiviere. Selbst nach einer Niederlage in der Ukraine werde Russland eine langfristige strategische Bedrohung für die Staaten des Ostseeraums bleiben. Durch die Erweiterung und militärische Verstärkung sei die NATO in der Lage, die russische Handlungsfreiheit im Ostseeraum und im hohen Norden zu verringern. Die NATO sei heute stärker, geeinter und besser denn je in der Lage, einer russischen Aggression entgegenzutreten.

Jean-Marie Fiévet (Frankreich) erkundigte sich unter Verweis auf die „European Sky Shield Initiative“ nach dem Verhältnis der Funktionen von Abwehrsystemen, Raketen aufzuspüren und abzufangen. **Van Wijngaarden** erwiderte, beide Funktionen seien untrennbar miteinander verbunden und essenziell für eine effektive Verteidigung und beide Funktionen würden in dem Bericht hervorgehoben. **Kerstin Lundgren** (Schweden, Partner) verwies auf das kürzlich verabschiedete neue Antiterrorgesetz in Schweden. **Fikri Isik** (Türkei) begrüßte die gesetzgeberische Entscheidung und betonte, dass er sehr optimistisch hinsichtlich eines baldigen Beitritts Schwedens sei.

4.7 Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Turbulente Gewässer: Wie Russlands Krieg in der Ukraine die Sicherheit im Schwarzen Meer verändert“ vorgelegt von dem Berichterstatter Lord Mark Lancaster (Vereinigtes Königreich)

Für den Berichterstatter stellte **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) die wesentlichen Herausforderungen der NATO in der Schwarzmeerregion vor, die eine strategische Trennlinie zwischen der NATO und Russland geworden sei, weshalb ihr besondere Aufmerksamkeit gebühre. Nach der illegalen Annexion der Krim 2014 seien die diplomatischen Partnerschaften mit Russland eingeschränkt und die Bereitschaft der alliierten Streitkräfte in der Region erhöht worden. In den darauffolgenden Jahren seien verstärkt militärisches Gerät in die Region verlegt und Streitkräfte von Partnern in den anliegenden Ländern ausgebildet worden. Die Türkei habe einen starken Einfluss auf die Schwarzmeerregion gehabt, da sie die türkischen Meerengen dank des Vertrages von Montreux kontrolliere. Sie habe deshalb ein Interesse daran, anderen Akteuren möglichst wenig Einfluss auf das Gebiet zu ermöglichen. Seit 2014 setze sich Rumänien für eine verstärkte NATO-Präsenz ein. Bulgarien bleibe ein starker Partner, auch wenn seine Verteidigungsausgaben nicht so schnell anstiegen, wie es für die Region wünschenswert wäre. Diese divergierenden nationalen Interessen verhinderten bislang die Einigung auf eine einheitliche Verteidigungsstrategie für die Schwarzmeerregion. Russland habe seine stationierten Truppen modernisiert, da die Region schon lange im strategischen Fokus der russischen Führung liege. Neben der militärischen Aufrüstung versuche die russische Regierung auch unterschwellig die Region durch gezielte Desinformation der Bevölkerung, Korruption und die Manipulation der Energieversorgungsstränge zu destabilisieren. Im Rahmen des Angriffskrieges auf die Ukraine habe Russland zunächst deren Getreideexporte blockiert und im weiteren Verlauf schätzungsweise 500 Minen vor ihrer Küste platziert, welche unkontrolliert den Gewalten des Meeres ausgesetzt seien. Als Reaktion habe die NATO vier weitere multinationale Kampftruppen in der Region stationiert, die mit kurzer Vorbereitungszeit flexibel in der gesamten Region einsetzbar sein müssten. Die Präsenz der Marine müsse ausgebaut und den NATO-Mitgliedern und -Partnern in dieser Region wie Türkei, Bulgarien, Rumänien und Georgien politisch der Rücken gestärkt werden. Es bedürfe einer umfassenden Schwarzmeerstrategie, um der russischen Präsenz effektiv entgegenzutreten. **Jean-Marie Fiévet** (Frankreich) erklärte, die Umgehung von verhängten Sanktionen durch Russland sei ein großes Problem für deren praktische Wirksamkeit und solle stärker im

Bericht thematisiert werden. **Nicu Falcoi** (Rumänien) merkte an, er unterstütze die Forderung nach verstärkter gemeinsamer Flottenpräsenz in der Region.

5 Ausschuss für Demokratie und Sicherheit

Der Ausschuss für Demokratie und Sicherheit tagte am Sonntag, 21. Mai 2023, unter dem Vorsitz von Linda Sanchez (USA). Schwerpunkte der Beratungen waren die Situation von Kindern in bewaffneten Konflikten, die Verstöße Russlands gegen das internationale Recht im Krieg gegen die Ukraine sowie die Bekämpfung von Desinformationen.

5.1 Vortrag von Franz Fayot, Wirtschaftsminister und Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten, zum Thema „Der luxemburgische Ansatz für die Verknüpfung von Entwicklung und Sicherheit“

Minister Franz Fayot erläuterte den Zusammenhang zwischen Konflikten und humanitären Krisen. Die meisten hilfsbedürftigen Menschen weltweit lebten in Regionen, die geprägt seien von Gewalt. Dies zeige sich beispielhaft an der durch den russischen Krieg gegen die Ukraine ausgelösten humanitären Krise. Diese führe dazu, dass über 18 Millionen Ukrainer auf humanitäre Hilfe und Schutz angewiesen seien. Neben der Hilfe für die Ukraine dürften weitere Konfliktregionen wie Myanmar, Afghanistan, Äthiopien und Somalia nicht aus den Augen verloren werden. Der Klimawandel mit seinen verheerenden Folgen belaste die Nahrungsmittelketten und bringe weitere Spannungen hervor. Luxemburg habe das Thema Entwicklung zum Schwerpunkt seiner Außenpolitik gemacht habe und dafür ein Prozent des BIP investiert. Im Lichte der nationalen feministischen Außenpolitik werde insbesondere die Geschlechtergerechtigkeit gefördert und Frauenrechte gestärkt.

Er begrüßte den Vorschlag von **Andres Ingi Jonsson** (Island), die ehrgeizige Entwicklungshilfepolitik Luxemburgs als integralen Bestandteil des luxemburgischen Beitrags zur Sicherheit zu betrachten und wies darauf hin, dass die neuen geopolitischen Realitäten auch eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben erforderlich machten. Auf Nachfrage von **Ana María Botella** (Spanien), **Julie Dzerowicz** (Kanada) und **Rodrigue Demeuse** (Belgien), wie man die humanitäre Unterstützung verstärken könne, empfahl **Fayot**, dass die Bündnispartner sicherstellen müssten, dass die Hilfsorganisationen genug finanzielle Mittel, Flexibilität und Sicherheit hätten, um auf auftretende Bedürfnisse einzugehen und technologische Entwicklungen effizient zu nutzen. Auf die von **Baroness Denise Kingsmill** (Vereinigtes Königreich) aufgeworfene Frage nach dem Schicksal von politischen Gefangenen in Russland und Weißrussland verwies er darauf, dass dies weiter eines der führenden Themen diplomatischer Verhandlungen bleiben solle.

5.2 Vortrag von Irene Fellin, Sonderbeauftragte des NATO-Generalsekretärs für Frauen, Frieden und Sicherheit, zum Thema „Kinder und bewaffnete Konflikte: Lehren aus der Ukraine“

Sonderbeauftragte **Irene Fellin** berichtete über die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Kinder in der Ukraine. Seit dem Ausbruch des Krieges sterbe täglich mindestens ein ukrainisches Kind an dessen Folgen, zahlreiche weitere Kinder würden verletzt. Kinder würden vergewaltigt, sexuell missbraucht, deportiert oder Zwangsadoptionen unterworfen. Wie viele Kinder davon betroffen seien, sei schwer abzuschätzen. Viele Schulen und Kindergärten seien massiv beeinträchtigt. Entweder sie seien zerstört oder beschädigt oder könnten aufgrund mangelnder Stromversorgung nicht genutzt werden. Sie wies darauf hin, dass fehlende Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten auf lange Sicht verheerende Folgen für die Zukunft des Landes haben würden. Russland missachte internationale Konventionen. Ein erheblicher Teil der Ukraine sei mittlerweile vermint und gefährde damit zusätzlich die Gesundheit der Bevölkerung. Fellin betonte, die Ukraine bemühe sich sehr um den Schutz ihrer Kinder. Sie bekräftigte die Forderung, Kinder dürften nicht für Kriegshandlungen eingesetzt werden. Die NATO habe für den anstehenden Gipfel in Vilnius die Entwicklung einer Strategie zum Thema „Kinder und bewaffnete Konflikte“ zum Ziel, was ein wichtiges Signal der internationalen Gemeinschaft bedeuten würde.

Auf Anmerkungen von **Rodrigue Demeuse** (Belgien) und **Salima Belhaj** (Niederlande) hinsichtlich der Notwendigkeit, die Straftäter gegen Kinder zur Verantwortung zu ziehen sowie Kinder in Konfliktregionen zu schützen, bedankte sich Fellin bei den Verbündeten für ihren unermüdlichen Einsatz. **Merle Spellerberg** (Bündnis90/Die Grünen) betonte, dass der Einsatz von Landminen und Explosivsprengkörpern in bewohnten Gebieten leider noch nicht der Vergangenheit angehöre und geächtet werden müsse. Spellerberg unterstrich, dass Geflüchtete aus den betroffenen Gebieten dringend auch psychologische Unterstützung benötigten. Sie fragte nach den Möglichkeiten

der NATO, ihren Erklärungen Nachdruck zu verleihen. **Fellin** führte dazu aus, Ermittlungen hinsichtlich Kriegsverbrechen, einschließlich Straftaten gegen Kinder, müssten schnellstmöglich eingeleitet werden, um Beweise zu sichern und Täter von weiteren Taten abzuhalten. Zudem benötige die Ukraine auch weiterhin verstärkt militärische Unterstützung, um sich vor den rechtswidrigen russischen Angriffen schützen zu können. In Reaktion auf die aufgeworfenen Fragen hinsichtlich der notwendigen Beweissicherung betonte **Fellin** die Bedeutung, die Genderperspektiven zu beachten. Sachschäden müssten systematisch registriert und dokumentiert werden. Die Vereinten Nationen und die Ukraine könnten die erforderlichen Daten liefern.

5.3 Paneldiskussion „Verletzung des internationalen Rechts in der Ukraine durch Russland“. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Resilienz und zivile Sicherheit“ zum Thema „Bekämpfung der Straflosigkeit für Verstöße gegen das internationale Recht beim erneuten Einmarsch in die Ukraine“, vorgelegt von dem Berichterstatter Rodrigue Demeuse (Belgien). Vortrag von Oleksandra Matvichuk, Direktorin des Zentrums für zivile Freiheiten, zum Thema „Dokumentation der russischen Verstöße gegen die Menschenrechte und des humanitären Rechts in der Ukraine“

Rodrigue Demeuse legte dar, seit dem Kriegsausbruch verstoße Russland täglich gegen das internationale Recht und werde dabei von seinen weißrussischen Verbündeten unterstützt. Systematisch seien Zivilisten Opfer von Folter, Vergewaltigungen, Hinrichtungen und Misshandlungen. Zudem greife das russische Regime gezielt kritische zivile Infrastrukturen an. Nach internationalem Recht seien damit die Voraussetzungen für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und voraussichtlich auch für den Tatbestand des Genozids erfüllt. Russland und die Ukraine hätten zahlreiche internationale Abkommen, wie beispielsweise der Genfer Konvention und der Haager Konventionen unterzeichnet, daher müssten sich beide Staaten an die Grundsätze des humanitären Völkerrechts halten, die Angriffe auf Zivilisten strikt verböten. Nach VN-Berichten seien jedoch bereits hunderte unbewaffnete Zivilisten durch russische Truppen umgebracht worden, davon mindestens 50 Zivilisten in Butscha. Nach dem Abzug der russischen Truppen seien in der Region mehrere Massengräber gefunden worden, in einigen Fällen seien Geiseln als menschliche Schutzschilder missbraucht worden, darunter auch zahlreiche Kinder. Russland greife gezielt die kritische Infrastruktur, insbesondere Krankenhäuser und die Energieversorgung an und verwende zahlreiche explosive Waffen in bevölkerungsreichen Gegenden, welche unverhältnismäßig viele Zivilisten töteten. Bei Belagerungen von Städten würde die russische Kriegsführung bewusst in Kauf nehmen, dass auch die Zivilbevölkerung von lebenswichtigen Einrichtungen abgeschnitten würde. In einigen Fällen hätten sie sogar als Teil ihrer militärischen Taktik absichtlich Zivilisten verhungern lassen, diese am Verlassen des belagerten Gebiets gehindert und auch humanitären Hilfsorganisationen den Zutritt verwehrt. Auch bei einer völkerrechtswidrigen Besetzung müssten die Besatzer nach internationalem Recht die Grundversorgung und Sicherheit der Bevölkerung sicherstellen. Tatsächlich sei Russland jedoch verantwortlich für willkürliche Verhaftungen und Verschleppungen von als pro-ukrainisch eingeschätzten Journalistinnen und Journalisten, Politikerinnen und Politikern sowie von politischen Aktivistinnen und Aktivisten. Einige von ihnen seien weiterhin spurlos verschwunden. Den russischen Truppen würden menschenunwürdige Behandlungen oder Folter vorgeworfen. So seien 18 Leichen in der Nähe von Butscha gefunden worden, bei denen teilweise die Ohren oder Zähne fehlten, welche ihnen offensichtlich gewaltsam entfernt worden seien. Systematisch werde sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen ausgeübt. Kriegsgefangene seien ohne gerichtliche Verfahren hingerichtet, gefoltert, menschenunwürdig behandelt oder ihnen dringend notwendige medizinische Versorgung versagt worden. Die ukrainischen Truppen würden nur sehr vereinzelt einer vergleichbaren rechtswidrigen Behandlung von Kriegsgefangenen beschuldigt. Zahlreiche Ukrainerinnen und Ukrainern, insbesondere Kinder und Jugendliche, seien Opfer von Zwangsdeportationen nach Russland geworden. Unabhängig davon, ob sie Waisen seien oder ihre Eltern noch in der Ukraine oder in russischer Gefangenschaft lebten, müsse jeder Betroffene das Recht zur Rückkehr in seine Heimat haben. Die Verantwortlichen müssten zur Rechenschaft gezogen und die internationalen Institutionen für die Beweissicherung und Verfolgung der Straftaten gestärkt werden. Für eine friedliche Zukunft sei die Anerkennung und Entschädigung der Opfer wichtig. Dies sei nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch des Respekts für und die Legitimität von internationalem Recht. Ob die russischen Angriffe auf die ukrainische Bevölkerung den Tatbestand des Völkermords nach dem internationalen Strafrecht erfüllten, sei derzeit umstritten, insbesondere ob die Angriffe sich gegen Mitglieder einer bestimmten Bevölkerungsgruppe richteten. Die den ukrainischen Truppen vorgeworfenen Verletzungen von internationalem Recht seien zeitnah verfolgt und bestraft worden. Die ukrainische Justiz bemühe sich, die in ihrem Hoheitsgebiet begangenen Rechtsverletzungen zu verfolgen. Der Internationale Strafgerichtshof habe seine Untersuchungen hinsichtlich der Kriegsverbrechen im Jahr 2014 auf die heutigen Vorkommnisse ausgeweitet, ergänze die nationalen Ermittlungen und werde dabei von zahlreichen

Mitgliedsländern unterstützt. Da Russland und Weißrussland das Zusatzprotokoll zum Verbrechen der Aggression nicht unterzeichnet hätten, sei der Internationale Strafgerichtshof für die Verfolgung nicht zuständig, was ein großes Problem darstelle. Vor diesem Hintergrund müssten die Bündnispartner ihre Forderung nach einem internationalen Tribunal für die russischen und weißrussischen Kriegsverbrechen aufrechterhalten. Die russischen Truppen müssten zum Rückzug aufgefordert, die Ukraine verstärkt politisch sowie militärisch unterstützt sowie Sanktionen aufrechterhalten und gegebenenfalls verstärkt werden. Russland verstoße zudem gegen zahlreiche Menschenrechte, insbesondere gegen das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit, Meinungs- und Pressefreiheit sowie der Versammlungsfreiheit. So seien zahlreiche Demonstrationen verboten, politische Aktivisten entführt und verhaftet und Journalisten ermordet, oder zur Verbreitung von pro-russischen Nachrichten gezwungen worden. Letztlich würde die gesamte ökonomische, soziale und kulturelle Freiheit der ukrainischen Bevölkerung verletzt und die Bildungschancen der zukünftigen Generationen gefährdet.

Oleksandra Matvichuk beschrieb den Einsatz von Kriegsverbrechen als strategisches Instrument der russischen Kriegsführung, um den ukrainischen Widerstand zu brechen. Russland versuche, durch Vergewaltigungen, Folter und öffentliche Hinrichtungen den Druck auf die Bevölkerung zu erhöhen und die ukrainische Regierung zum Aufgeben zu bewegen. Die Initiative „Tribunal for Putin“ habe über 39.000 Fälle von Kriegsverbrechen russischer Truppen im vergangenen Jahr aufgezeichnet. Die Anzahl der Taten unterstreiche die Systematik. Der russische Angriffskrieg sei als Teil eines breiteren Angriffs auf die Demokratie, Menschenrechte und das Konzept der Rechtsstaatlichkeit zu verstehen. Die russische Regierung wolle damit auch Organisationen wie die NATO untergraben. Deshalb sei es besonders wichtig, bereits während der andauernden Kampfhandlungen die Strafverfolgung aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass die Täter nicht ungestraft davonkämen. Die Forderung nach einem Sondertribunal für die russischen Verbrechen müsse aufrechterhalten werden. Die Ukraine müsse intensiver militärisch unterstützt und in die NATO aufgenommen werden.

Auf Nachfrage von **Merle Spellerberg** (Bündnis 90/Die Grünen), wie Gerechtigkeit für die Opfer erreicht werden könne, forderte **Matvichuk** die Entsendung weiterer juristischer Expertinnen und Experten für die Ukraine und die Einrichtung eines Sondertribunals zur Verfolgung der russischen Aggressionsverbrechen. Den Vorschlag von **Andres Ingi Jonsson** (Island), die Drohung Russlands, Nuklearwaffen einzusetzen in dem Bericht aufzunehmen, nahm der Berichterstatter an. **Merle Spellerberg** (Bündnis 90/Die Grünen) unterstützte den Vorschlag und schlug darüber hinaus vor, das Thema eines drohenden Ökozids aufzunehmen. Sie erkundigte sich ferner, was Vergewaltigungsopfer am dringendsten benötigten und forderte ein Selbsthilfe-Kit für die Opfer sowie umfassende psychologische Unterstützung für die Betroffenen. Berichterstatter **Rodrigue Demeuse** (Belgien) sagte eine Ergänzung des Berichts zu. **Lorinc Nacsá** (Ungarn) empfahl, das vom Europarat beschlossene Schadensregister aufzunehmen. **Baroness Denise Kingsmill** (Großbritannien) hielt es für sinnvoll, die Verbrechen gegen Kinder und Frauen besonders hervorzuheben. **Matvichuk** begrüßte den Hinweis von **Antoine Villedieu** (Frankreich), dass die französische Nationalversammlung die Wagner-Gruppe am 9. Mai 2023 als terroristische Organisation eingestuft habe. Er forderte, auch die nationalen Gerichte in der Ukraine bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Dies wurde von **Kerstin Lundgreen** (Schweden), **Aleksandrs KIRSTEINS** (Lettland) und **Vasile Dincu** (Rumänien) unterstützt, die die Notwendigkeit der vereinten Unterstützung der Ukraine betonten.

5.4 Beratung des Generalberichtsentwurfs „Der russische Krieg gegen die Wahrheit: Verteidigung der verbündeten und partnerschaftlichen Demokratien gegen die Desinformationskampagnen des Kremls“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)

Joëlle Garriaud-Maylam hob hervor, Russland führe seinen Krieg auf dem Schlachtfeld und im Bereich der Informationen. Mit russischen Desinformationskampagnen werde gezielt versucht, demokratische Gesellschaften anzugreifen mit dem Ziel, mit Hilfe von falschen Informationen den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen zu schwächen. Teilweise provoziere dies sogar gesellschaftliche Unruhen. Um die Legitimität von demokratischen Institutionen und Prozessen in Frage zu stellen, werde dabei gezielt der Kern demokratischer Gesellschaften ins Visier genommen, was sowohl die Stabilität der Staaten als auch die internationale Staatengemeinschaft gefährde. Die russische Regierung versuche, die geschlossene Unterstützung des Westens für die Ukraine zu durchbrechen und für Unstimmigkeiten zu sorgen. Nach und nach habe die russische Regierung die Kontrolle über die nationalen Nachrichtenkanäle übernommen, unabhängige Journalisten und Medien würden unterdrückt und bedroht, sodass der Zugang zu unabhängigen Informationen in Russland immer schwieriger werde. Kontinuierlich würden über die staatlichen Nachrichtenportale Lügen verbreitet, deren schiere Masse es bereits schwierig mache, sie zu widerlegen und zu bekämpfen. Indem die Grenzen zwischen Wahrheit und Lüge verwischt werde, greife Russland die informationsbasierte Entscheidungsfindung als eine der Säulen

der Demokratie an. Die zumindest indirekt mit dem Kreml verbundenen russischen Nachrichtensender im Ausland erreichten einen hohen Empfängerkreis und seien sehr wirksam. Mit gezielter Desinformation versuche die russische Regierung auch Kriegsverbrechen zu verdecken und werbe in demokratischen Ländern um Unterstützung, in dem es falsche Tatsachen vortäusche. Einige Staaten, die ebenfalls ein Interesse an der Unterwanderung westlicher Demokratien hätten, unterstützen die russische Regierung. So verbreite die chinesische Regierung über ihre Staatsmedien regelmäßig russische Falschmeldungen. Die ukrainische Bevölkerung und verbündete Mitgliedsländer hätten zwar schnell und entschlossen reagiert und eine Übernahme der Informationshoheit durch die Russen verhindert, dennoch würde die russische Regierung weiterhin ihre Lügen verbreiten und die internationale Gemeinschaft mit Desinformationen bedrohen. Diese Gefahr dürfe nicht unterschätzt werden. Die erfolgreiche Abwehr der Ukraine gegen die Fehlinformationen hätten die russischen Bemühungen um Informationshoheit nur noch weiter angefacht. Auch zukünftig sei zu erwarten, dass Russland seine Aktivitäten weiter ausbauen und immer neue Wege zur Informationsverbreitung finden werden. Daher müsse die nationale Resilienz gegen Desinformationen weiter gestärkt werden. Insbesondere solle die Medienkompetenz der Bevölkerung gefördert und die Ukraine auch auf diesem Gebiet unterstützt werden. Die Mitgliedsländer sollten zudem versuchen, die russische Bevölkerung mit unabhängigen Informationen zu versorgen.

Julie Dzerowicz (Kanada) schlug die Aufnahme von Fallstudien in den Bericht vor. **John Spellar** (Vereinigtes Königreich) argumentierte, die Allianz solle sich nicht auf die Bekämpfung der russischen Desinformation beschränken, sondern auch eine eigene Gegendarstellung entwickeln. **Roman Hryshchuk** (Ukraine, Partner) forderte effektive Sanktionen und betonte die Rolle der russisch-orthodoxen Kirche in diesem Zusammenhang. **Merle Spellerberg** (Bündnis90/Die Grünen) verglich die hybride Kriegsführung mit der Art und Weise der Kampagnenführung im Rahmen des „Brexit“ und betonte, dass für den Kampf um die Informationshoheit dringend mehr Personal und Geld benötigt werde.

5.5 Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Ernährungssicherheit und Konflikte: Widerstandsfähigkeit angesichts einer globalen Krise ernten“, vorgelegt von der Sonderberichterstatterin Julie Dzerowicz (Kanada)

Julie Dzerowicz informierte über die vorherrschende große Ernährungskrise. Jahrzehntelange Bemühungen bei der Bekämpfung des globalen Hungers seien durch eine Vielzahl von Faktoren zunichte gemacht worden. Im Angriffskrieg auf die Ukraine zeige sich einmal mehr der Zusammenhang zwischen Konflikten und Nahrungsmittelknappheit. In den letzten Jahren sei die Anzahl an Menschen, die nicht über einen ausreichenden Zugang zu Wasser und Nahrungsmitteln verfügten, signifikant angestiegen. Die Gründe seien vielschichtig, wie beispielsweise der Klimawandel, die COVID-19-Pandemie und die wachsende Ungleichheit. Die aktuellen Entwicklungen zeigten jedoch deutlich, dass Konflikte die Hauptursache für Nahrungsmittelknappheit seien. Agrarwirtschaftliche Ressourcen würden zerstört, Lebensmittelketten unterbrochen und Investitionen in Krisenregionen reduziert. Migranten belasteten zusätzlich die Versorgungsketten in ihren Aufnahmeländern. Die Arbeit der Hilfsorganisationen werde durch die Konflikte sehr erschwert. Russland instrumentalisieren den Export von Grundnahrungsmitteln aus der Ukraine als Teil seiner strategischen Kriegsführung. Entgegen völkerrechtlichen Verpflichtungen, auch in Kriegszeiten die betroffenen Bevölkerungen stabil und ausreichend mit allen lebenswichtigen Lebensmitteln zu versorgen, schneide die russische Kriegsführung Teile der ukrainischen Bevölkerung immer wieder von der Versorgung zumindest teilweise ab. Insbesondere in besetzten Gebieten verwehre die russische Kriegsführung immer wieder den Betroffenen, die besetzten Gebiete zu verlassen oder ausreichend Hilfslieferungen hineinzulassen. Russland ignoriere das nach internationalem Recht vorgeschriebene Verbot, Hunger als Waffe einzusetzen. Die ukrainische Bevölkerung werde somit direkt und die restliche Welt indirekt durch hungerauslösende Maßnahmen angegriffen. Blockierte Transportwege, geplünderte Vorratskammern und zerstörte Felder führten zu einer Unterversorgung insbesondere mit Weizen. Es müssten dringend notwendige Schritte zur Versorgungssicherung der Ukraine unternommen, mehr in kurzfristige humanitäre Hilfe sowie in langfristige Entwicklungshilfe investiert und die Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren verbessert werden. Es gäbe genug Lebensmittel, die für alle verfügbar und bezahlbar sein müssten. Der Zusammenhang zwischen Konflikten und Versorgungsgängen müsse anerkannt und in Bekämpfungsstrategien einbezogen werden.

Rodrigue Demeuse (Belgien) ging auf die Bedeutung der Sicherheit in der Schwarzmeerregion ein, um eine sichere Passage und einen sicheren Export von ukrainischem Weizen zu gewährleisten. **Andres Ingi Jonsson** (Island) wies darauf hin, dass der gezielte Einsatz von Minen, um die ukrainische Landwirtschaft unbrauchbar zu machen, sich zu einem Ökozid entwickeln könne. **Roman Hryshchuk** (Ukraine, Partner) erinnerte an den Holodomor, bei dem die Ukraine bereits 1932 Opfer einer schlimmen Hungersnot geworden sei. Es gelte alles daran

zu setzen, eine weitere zu verhindern. **Merle Spellerberg** (Bündnis90/Die Grünen) betonte, nationale Investitionen in die Sicherung der Nahrungsmittelversorgungen sollten als Investitionen in die Sicherheit angesehen werden. **Rebecca Patterson** (Kanada) schlug vor, in den Bericht einen Absatz zur Notwendigkeit der Sicherung der Wasserversorgung aufzunehmen.

6 Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Samstag, dem 20. Mai 2023, unter dem Vorsitz von Philippe Folliot (Frankreich). Die Schwerpunkte der Beratungen waren die Auswirkungen des Russischen Krieges in der Ukraine auf die globale Sicherheit und Energieversorgung, wirtschaftliche Auswirkungen von Sanktionen und der Weg zum Wiederaufbau der Ukraine.

6.1 Vortrag von Philippe Glaesener, Vizepräsident von SES Weltraum und Verteidigung, zum Thema „Entwicklung des staatlichen Bedarfs an integrierten, souveränen Weltraumsystemen“

Philippe Glaesener beschrieb eine Reihe weltraumbezogener Herausforderungen und neuer Bedrohungen wie Unterbrechungen von Kabelverbindungen, Cyberangriffe und die mögliche Nutzung des Weltraums für militärische Operationen. Er erläuterte die physischen und operativen Anforderungen an Satelliten und deren unterschiedliche Umlaufbahnen. Die erforderliche stärkere Resilienz der Systeme entstehe durch die zunehmende Vernetzung und Interoperabilität. Abschließend sagte er, Regierungen würden zunehmend in den Weltraum als strategische Ressource investieren. Schwerpunkte seien Kommunikation, Erdbeobachtung, Aufklärung und Datenübertragung.

In der Diskussion fragte der Vorsitzende **Philippe Folliot** nach den Wettbewerbern im Weltraum und den Umweltauswirkungen der Satellitenstarts. **Philippe Glaesener** betonte, die Vereinigten Staaten spielten die führende Rolle in der Raumfahrt; Europa, China, Russland und Indien seien ebenfalls wichtige Akteure. Er fügte hinzu, Europa und die USA stünden an der Spitze der Satellitenindustrie. Es bestehe das Ziel, qualitativ hochwertige Startmöglichkeiten in Europa aufzubauen. Die Satellitenindustrie sei bemüht, die Umweltauswirkungen von Starts zu minimieren und gleichzeitig die Sicherheit und die Telekommunikationsnetze der Alliierten zu schützen. Auf die Frage nach der Schaffung einer internationalen Regelung für die Zuweisung von Satelliten und Frequenzen verwies Philippe Glaesener auf die Größe des Weltraums. Er wies darauf hin, dass die niedrige Erdumlaufbahn den größten Koordinierungsaufwand erfordere. Ein weiteres Thema waren die wachsenden Herausforderungen durch Weltraummüll. Abschließend fragte der Vorsitzende **Philippe Folliot** (Frankreich) nach einem möglichen internationalen Vertrag zum Verbot der Militarisierung des Weltraums. **Philippe Glaesener** antwortete, dies sei letztlich eher eine politische als eine wirtschaftliche Frage. Er wies darauf hin, dass der Weltraum ein neu entstehendes militärisches Umfeld darstelle, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass es eher defensiven als offensiven Charakter haben werde.

6.2 Vortrag von Professor Julian Hinz, Universität Bielefeld und Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), zum Thema „Wirtschaftliche Auswirkungen von Sanktionen, Russlands Krieg gegen die Ukraine und wachsende politische Spannungen“

Julian Hinz stellte eingangs eine aktuelle Untersuchung der makroökonomischen Auswirkungen von Sanktionen vor und wies auf die kurzfristigen und langfristigen Folgen der Sanktionen gegen Russland seit 2014 hin. Während das Einfrieren von Vermögenswerten eine schnelle Wirkung zeigte, waren Exportverbote in wirtschaftlicher Hinsicht weniger folgenreich, was zum Teil darauf zurückzuführen sei, dass Russland die Sanktionen umgehen konnte. Die Auswirkungen auf das BIP eines sanktionierten Landes seien unterschiedlich. International beobachte man aber in vielen Fällen Preissteigerungen, insbesondere bei Lebensmitteln.

In der Diskussion räumte Professor Julian Hinz ein, in Europa bestehe eine gewisse Abhängigkeit von Exporten aus undemokratischen Ländern, aber auch Demokratien wie Kanada seien wichtige Rohstoff- und Energielieferanten. Auf die Frage von **Ivanna Klymush-Tsytsadze** (Ukraine, Partner) nach weiteren wirksamen Schritten gegen Russland sagte **Professor Julian Hinz**, die Umgehung der Sanktionen durch Russland müsse stärker eingeschränkt werden durch sogenannte tertiäre Sanktionen. Auf die Frage der Generalberichterstatterin **Harriett Baldwin** (Vereinigtes Königreich) nach den afrikanisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen sagte **Professor Julian Hinz**, im Fokus stünde dabei der Rohstoffhandel. **Dave Doogan** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach den gesellschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen in Russland. **Professor Julian Hinz** erklärte, die russischen Verbraucher seien von steigenden Preisen, dem Rückzug ausländischer Unternehmen aus Russland und

dem Verbot von sozialen Medien betroffen. Auf die Fragen nach den Auswirkungen auf die energieintensiven Industrien in Europa stellte Professor Julian Hinz fest, aufgrund der jüngsten Energiepreisentwicklung seien die Pläne zur Einsparung von Energie beschleunigt worden. Abschließend wies Professor Julian Hinz darauf hin, dass die Verhängung von Sanktionen im Allgemeinen eher eine politische als eine wirtschaftliche Entscheidung sei und dass ein gewisses Maß an Kosten-Nutzen-Bewertungen hilfreich sein könnte.

6.3 Vortrag von Stacy A. Cummings, Generaldirektorin der NATO-Beschaffungsamtes (NSPA), zum Thema „Beschaffungen der Alliierten im Lichte des überarbeiteten Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie“

Eingangs beschrieb **Stacy A. Cummings** die Ziele der NATO, den Ausbau der Verteidigungsindustrien in den NATO-Staaten voranzutreiben sowie die Bemühungen um eine Verbesserung der militärischen Fähigkeiten durch Modernisierung, Innovation und koordinierte multinationale Beschaffungsmaßnahmen. Von grundsätzlicher Bedeutung sei die Logistik für die Fähigkeiten der NATO, Streitkräfte zu verlegen, Operationen aufrechtzuerhalten und ihre Ziele effektiv und effizient zu erreichen. Am Beispiel der Beschaffung von Munition vor dem Hintergrund des russischen Krieges gegen die Ukraine erläuterte Stacy Cummings einige der wichtigsten Herausforderungen, vor denen das Bündnis stehe, und wie eine verbesserte Beschaffung dazu beitragen könne, diese zu bewältigen.

In der Diskussion erkundigte sich der Vorsitzende **Philippe Folliot** (Frankreich) nach den im letzten Jahrzehnt verpassten Chancen beim Aufbau militärischer Bestände und betonte die Wichtigkeit gemeinsamer Industriestandards. **Stacy Cummings** antwortete, die Bündnispartner befassten sich mit den Lehren aus dem Krieg in der Ukraine. Sie merkte an, dass sich der NATO-Verteidigungsplanungsprozess stärker auf Bestände und Investitionen in die Einsatzbereitschaft konzentrieren werde. Die NATO und die EU würden ihre Aktivitäten in Beschaffungsfragen stärker koordinieren. Stacy Cummings nannte als Beispiel die Initiative für Mehrzweck Tanker- und Transportflugzeuge (MRTT). Auf die Frage von **Annick Ponthier** (Belgien) nach den Fortschritten bei der Erreichung des NATO-Ziels von zwei Prozent des BIP sagte **Stacy Cummings**, das NSPA sei eine ausführende Behörde, die alliierten Staaten müssten über diese Fragen entscheiden. Sie erläuterte, wie das NSPA die Bündnispartner unterstützen könne, gemeinsam Fähigkeiten für mehr Interoperabilität zu geringeren Kosten zu entwickeln. Auf die Frage von **John Spellar** (Vereinigtes Königreich) nach der Versorgung mit Munition und ausgebildeten Arbeitskräften sagte **Stacy Cummings**, die Industrie benötige Signale für langfristige Aufträge in Form von multinationalen Beschaffungsverträgen.

6.4 Beratung des Generalberichtsentwurfes „Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Herausforderungen für die transatlantische Energiesicherheit“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Harriett Baldwin (Vereinigtes Königreich)

Die Generalberichterstatterin **Harriett Baldwin** (Vereinigtes Königreich) sagte eingangs, der Krieg Russlands gegen die Ukraine habe große globale Auswirkungen auf die Sicherheit, die Wirtschaft und die Energiemärkte. Die NATO-Mitgliedstaaten hätten Russland mit einer Vielzahl von Sanktionen belegt. Viele Länder seien dadurch auch gezwungen, alternative Energiequellen zu erschließen und den grünen Wandel zu beschleunigen. Ein Problem seien die weltweit gestiegenen Getreidepreise.

In der Diskussion sprach **Ivanna Klymush-Tsyntsadze** (Ukraine, Partner) die Abhängigkeit von importiertem angereichertem Uran aus Russland an. Harriet Baldwin warb für die Diversifizierung bei der Energieversorgung. Auf Anregung von **Per Martin Sandtroen** (Norwegen) sagte die Berichterstatterin zu, die Abschaltung aller deutschen Atomkraftwerke in den Bericht aufzunehmen und auch die laufende Debatte über die Rolle der Kernenergie im Gesamtenergiemix. **Harriett Baldwin** erklärte, die Regierungen müssten Wege finden, um den Zugang zu Energie und seltenen Mineralien zu sichern, die für die Erzeugung nachhaltiger Energie benötigt werden. Sie warb für fundierte Debatten, um Kompromisse bei diesem wichtigen Thema zu entwickeln. **Ahmet Yildiz** (Türkei) wies auf die kaspischen Kohlenwasserstoffressourcen hin für die Diversifizierung der Energieversorgung. **Michal Szczerba** (Polen) betonte, Europa habe seine Lektion in Bezug auf die Zuverlässigkeit autoritärer Regime bei der Bereitstellung dringend benötigter Energie gelernt. **Rebecca Patterson** (Kanada) wies abschließend auf die enormen Ressourcen ihres Landes und die aufstrebende Wasserstoffindustrie hin.

6.5 Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Wiederherstellung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen und Resilienz“, vorgelegt von dem Berichterstatter Faik Öztrak (Türkei), vorgelegt vom Vorsitzenden des Unterausschusses John Spellar (Vereinigtes Königreich)

John Spellar sagte eingangs, insbesondere die COVID-Pandemie und Russlands Krieg gegen die Ukraine hätten mehrere Schwachstellen in der liberalen internationalen Handelsordnung aufgedeckt. Der Bericht erörtere diese Situation und zeige Strategien zur Bewältigung der Probleme sowie die potenziellen Kosten eines Rückzugs von einer offenen Handelsordnung auf.

In der Diskussion wurde um Ergänzung der Position Kanadas im Bericht gebeten. **Roman Hryshchuk** (Ukraine, Partner) schlug vor, die Erfahrungen der Ukraine bei der Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit zu ergänzen. **Cristian Bordei** (Rumänien) thematisierte die möglichen Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf die Kriegsführung, mit Blick auf Russland und China die Gefahr von Diktaturen und die damit verbundene Bedrohung der Demokratien.

6.6 Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Übergang und Entwicklung“ zum Thema „Der Weg zum Wiederaufbau der Ukraine“, vorgelegt von dem Berichterstatter Michal Szczerba (Polen)

Michal Szczerba erklärte, der Wiederaufbau der Ukraine erfordere eine große kollektive Anstrengung, die mit enormen Kosten verbunden sein werde. Die NATO-Staaten und ihre Partner, Internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und der Privatsektor müssten bereit sein, erhebliche Unterstützung zu leisten. Er sagte, die Integration der Ukraine in die euro-atlantischen Institutionen würde die Souveränität des Landes fördern, zur Gewährleistung seiner territorialen Integrität beitragen und eine Grundlage für Frieden und Sicherheit in Europa schaffen.

In der Diskussion dankte **Roman Hryshchuk** (Ukraine, Partner) den Bündnispartnern für ihre Unterstützung der Ukraine und meinte, der Beitritt der Ukraine zur NATO werde den Kontinent stabilisieren. Er wies darauf hin, dass der Wiederaufbau bereits während des Krieges beginnen müsse, und fügte hinzu, dass es von entscheidender Bedeutung sei, alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen. **Andrés Ingi Jonsson** (Island) wies auf die Sicherheits- und Umweltgefahren durch Landminen in der Ukraine hin. **Cristian Bordei** (Rumänien) betonte die Notwendigkeit einer finanziellen Lastenteilung und einer angemessenen Koordinierung des Wiederaufbauprozesses. Der Vorsitzende **Philippe Folliot** (Frankreich) erklärte, die Bündnispartner hätten eine kollektive Pflicht, die langfristige Sicherheit der Ukraine zu gewährleisten.

7 Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Samstag, dem 20. Mai 2023, unter dem Vorsitz von Agnes Vadai (Ungarn). Die Schwerpunkte der Beratungen waren ethische Standards, die Notwendigkeit der rechtlichen Regulierung von technologischen Fortschritten, hier insbesondere beim Einsatz von autonomen Systemen, sowie der Schutz von kritischer maritimer Infrastruktur.

7.1 Vortrag von Bryan Wells, NATO-Chefwissenschaftler, zum Thema „Synthetische Biologie: Chancen und Risiken für die Internationale Sicherheit“

Bryan Wells bat die Versammlung, zu beachten, dass Errungenschaften im technologischen Bereich der Verteidigungspolitik meist durch die Kombination von verschiedenen Technologien entstanden seien. Innovationen würden mehr und mehr durch kommerzielle Anwendungen stattfinden, weniger durch Anwendungen im Verteidigungssektor. Auch würden Innovationen sich schneller entwickeln, als es die Gesetzeslage täte. Die NATO gehe davon aus, dass China an Viren forsche, die Pandemien auslösen könnten. Der Wertekanon der NATO verbiete solch eine Forschung.

In der Diskussion ging es insbesondere um sogenannte Mensch-Maschine-Konzepte. Hier seien laut Wells ethische Richtlinien für die Zukunft notwendig.

7.2 Beratung des Sonderberichtsentwurfes „Neuartige Werkstoffe und additive Fertigung“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatter Sven Clement (Luxemburg)

Sven Clement (Luxemburg) stellte die Möglichkeiten des 3D-Drucks vor, welche einsatznah die Herstellung von Ersatzteilen ermögliche. Auch für die personalisierte Panzerung könnten durch neue Werkstoffe quasi maßgeschneiderte Körperpanzerungen für Streitkräfte hergestellt werden. Neuartige Werkstoffe reduzierten die Kosten und könnten Produktionsabläufe beschleunigen. Er betonte außerdem die Wichtigkeit der Entwicklung eines guten Rechtsrahmens für neuartige Werkstoffe und 3D-Druck und die zentrale Rolle, die die NATO dabei spielen könnte.

In der Diskussion machte **James Sutherland** (Vereinigtes Königreich) darauf aufmerksam, dass es nicht nur um Ersatzteile beim 3D-Druck gehe, sondern um den gesamten Nachschub und vereinzelt darum Altsysteme weiterhin einsetzen zu können, sollte die Industrie Produkte nicht mehr herstellen. Wichtig sei die Sicherung von 3D-Druckanleitungen.

7.3 Vortrag von Oberst Guy Hoffman, Nationaler Direktor für Rüstung von Luxemburg, zum Thema „Verteidigung im Weltraum und im Cyberspace“

Guy Hoffmann, Nationale Armee Luxemburg, berichtete, dass Luxemburg sich mit einer Strategie für den Weltraum für die NATO engagiere, da die Armee des Landes sehr klein sei und dennoch die Verteidigungsausgaben des Landes im Hinblick auf das Zwei-Prozent-Ziel gesteigert werden müssten. Die Fähigkeiten kämen so der gesamten Allianz zugute. Es gebe drei Personen, die in der Armee das Programm gestalteten.

Es müsse viel mit privaten Firmen zusammengearbeitet werden, so seine Erklärungen an **Cheryl Gallant** (Kanada). **Sven Clement** (Luxemburg) berichtete, dass Luxemburg die erste Daten-Botschaft für Estland beherberge. Die Daten seien auf Grund des Wiener Übereinkommens auf estnischen Boden, auch wenn die Botschaft in Luxemburg liege.

7.4 Beratung des Generalberichtsentwurfes „Schutz kritischer maritimer Infrastrukturen – Die Rolle der Technologie“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Njall Trausti Fridbertsson (Island)

Njall Trausti Fridbertsson (Island) machte deutlich, dass mehr als 90 Prozent aller Daten durch Unterwasserkabel übermittelt würden. Diese seien kritische Infrastruktur, deren Sicherung und Überwachung noch nicht im Verhältnis zu der Abhängigkeit von ihr stehe. Er verwies darauf, dass die Kapazitäten Russlands im maritimen Bereich nicht alle im Krieg gegen die Ukraine gebunden seien. Daher müsse die Allianz hier wachsam sein.

In der Diskussion schilderte der Berichterstatter, dass allein Norwegen rund 9.000 Kilometer Pipelines auf dem Meeresgrund habe. All diese Leitungen bedürften des Schutzes.

7.5 Beratung des Berichtsentwurfes des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“ zum Thema „Entwicklung von Zukunftsfähigkeiten: Robotik und autonome Systeme“, vorgelegt von dem Berichterstatter Joe Weingarten (Deutschland)

Joe Weingarten (Deutschland, SPD) erläuterte, dass die meisten Systeme heute teilautonom seien, was sich jedoch mit der Weiterentwicklung der künstlichen Intelligenz (KI) bald ändern werde. Mehr und mehr Anwendungen könnten dann komplett autonom sein. Er merkte an, dass die Nutzung autonomer Systeme in den letzten zehn Jahren sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich drastisch angestiegen sei. Dabei seien viele Fragen der ethischen und rechtlichen Verantwortung noch ungeklärt. Die NATO müsse sich für eine internationale Regulierung einsetzen. Gerade bei autonomen Systemen, die im Schwarm eingesetzt würden, seien wichtige technologische Fortschritte erzielt worden, um die Überwachung und Aufklärung bis hin zur Lösung von militärischen Aufgaben durchzuführen. Deutschland investiere in die Entwicklung von autonomen Systemen mit dem Ziel, autonome Flugsysteme noch effizienter und kostengünstiger für Überwachungsaufgaben und für die Aufklärung zu nutzen. Eine besondere Fähigkeit der Bundeswehr sei die Bergung von Fahrzeugen mit Hilfe von autonomen Systemen. Ferner beteilige sich Deutschland an der Entwicklung weiterer autonomer Flugsysteme, gerade für die mittlere Flughöhe und lange Reichweite, gemeinsam mit Frankreich, Italien und Spanien. Der Berichterstatter verwies darauf, dass China weltweit die meisten Kampfdrohnen produziere und diese in mehr als 17 Länder exportiere. Das US-Militär habe den Einsatz chinesischer Kampfdrohnen auf Grund von Spionagebedenken untersagt. Der Krieg in der Ukraine habe gezeigt, dass Russland im Einsatz von autonomen Flugsystemen der Entwicklung hinterherhinke. Neben China seien hier die USA und Israel führend.

In der Diskussion wurde deutlich, dass die rechtlichen Regulierungen für den Einsatz von autonomen Systemen dringend geboten seien. **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich) machte darauf aufmerksam, dass mit dem verstärkten Einsatz von autonomen Systemen auch die Ansprüche an Interoperabilität zunehmen würden. Es sei wichtig, dass die Systeme der EU und der NATO miteinander arbeiten könnten. **Joe Weingarten** (Deutschland, SPD) entgegnete, dass der Bericht schlicht die Realität beschreibe, was die Regulierung von autonomen Systemen im rechtlichen Sinne und die Interoperabilität der Systeme betreffe, da der Bericht mehr Fragen aufwerfe als Antworten bereithalte.

8 Plenarsitzung

8.1 Ansprache der Präsidentin Joëlle Garriaud-Maylam

Präsidentin **Joëlle Garriaud-Maylam** betonte, der rechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sei auch ein Angriff auf die demokratischen Grundwerte der NATO. Die Ukraine müsse auf ihrem Weg zu einem Beitritt zur NATO weiterhin unterstützt werden. Sie verurteilte das Verhalten von Belarus, China und Iran und forderte die Mitgliedstaaten auf, hier ein deutliches Zeichen zu setzen. Die Zukunft der NATO stehe auf zwei Säulen. Die militärische Verteidigungsposition an der Ostflanke müsse deutlich gestärkt und die Resilienz nachhaltig verbessert werden. Die weiteren wichtigen Themen wie beispielsweise die Bekämpfung des Terrorismus, die Bedrohung durch das chinesische Regime, technologische Herausforderungen, Desinformation und der Klimawandel dürften nicht aus den Augen verloren werden.

8.2 Videoansprache des ukrainischen Verteidigungsministers Oleksii Reznikov

Verteidigungsminister **Oleksii Reznikov** begrüßte Finnland als neuestes NATO-Mitglied und bedankte sich bei den Mitgliedstaaten für ihre Unterstützung im Kampf gegen den russischen Angriffskrieg. Er betonte, Russland sei derzeit die größte Sicherheitsbedrohung für die internationale Gemeinschaft. Zur aktuellen Kriegssituation erklärte er, oberste Priorität habe die effiziente Luftabwehr, danach die Ausstattung mit bewaffneten Fahrzeugen und Panzern. Neben der Hilfe durch militärisches Gerät bat er um eine Aufnahme der Ukraine in das Verteidigungsbündnis. Ein nachhaltiger Frieden in der Ukraine sei nur mit einer umfassenden Unterstützung und Solidarität der NATO-Staaten zu erreichen und gleichzeitig Grundlage für einen anhaltenden internationalen Frieden. Bevor Russland wieder eine aktive Rolle in der internationalen Politik spielen dürfe und als Verhandlungspartner angesehen werden könne, müsse es seine aktuellen Strukturen neu ausrichten. Dafür müsse sich die NATO-Gemeinschaft geschlossen einsetzen und die Sanktionen gegen das russische Regime verstärken.

8.3 Ansprache des stellvertretenden NATO-Generalsekretärs Mircea Geoana mit anschließender Fragerunde

Der stellvertretende NATO-Generalsekretär **Mircea Geoana** betonte die Bedeutung eines Sieges gegen Russland nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die Sicherheit der gesamten internationalen Gemeinschaft. Eine schnelle und pragmatische Hilfe sei notwendig. Ein mehrjähriges Programm für einen nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine für die Zeit nach dem Kriegsende müsse bereits jetzt entwickelt werden. Die NATO werde mit vielfältigen, strategischen Herausforderungen konfrontiert und müsse ständig bereit sein, schnell und flexibel auf neue Angriffe oder Herausforderungen zu reagieren. Die Produktion von militärischem Gerät müsse verstärkt und effizienter gestaltet werden, da die Ukraine die gelieferten militärischen Güter schneller verbräuche als nachproduziert werden könne. Derzeit würden 90 Prozent von der privaten Industrie entwickelt und produziert, was eine kritische Abhängigkeit von diesen Unternehmen zur Folge habe. Dies müsse bei der Weiterentwicklung der Produktion berücksichtigt werden. Auch dürfe die potenzielle Bedrohung durch China nicht unterschätzt werden. Was heute auf europäischem Boden passiere, könne morgen auch in der asiatischen Region stattfinden. Die Gemeinschaft müsse verhindern, dass die Bedrohung durch ein autokratisches Regime durch ein anderes abgelöst werde.

In der anschließenden Fragerunde erkundigte sich **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) nach der Notwendigkeit der Verstärkung der Raketenabwehrsysteme als möglichen Schwachpunkt der NATO-Verteidigung. **Geoana** betonte, die Luft-Raketenabwehr sei entscheidend für eine effektive Verteidigung und ein Beschlussentwurf zu diesem Thema werde für den Gipfel in Vilnius erarbeitet. **Zaida Cantera** (Spanien) ging auf die südliche Flanke der NATO ein und zeigte sich besorgt über die aktuellen Entwicklungen in Nord-Afrika, was durch einen erstarkten Terrorismus, einem Bevölkerungsanstieg und durch die Präsenz von sogenannten „Wagner-Truppen“ zu einem Brennpunkt werde. **Geoana** bestätigte, dass die NATO die Entwicklungen in Nord-Afrika mit Sorge beobachte. **Michal Szczerba** (Polen) fragte nach einer Strategie zur zukünftigen Kommunikation mit Russland. Russland und die Ukraine müssten an den Verhandlungstisch gebracht und bei der Suche nach einer Lösung

unterstützt werden. **Geoana** erklärte, bei einem Sieg der Ukraine würde Russland weitere Angriffe starten und eine Bedrohung für die Sicherheit bleiben. Deshalb sei es wichtig die Kooperation mit der Ukraine auszubauen und langfristig zu etablieren. **Nicu Falcoi** (Rumänien) forderte mehr Unterstützung für Moldau und erkundigte sich nach den Plänen der NATO. **Geoana** bestätigte die hohe Priorität der Sicherheitslage in Moldau und die Pflicht der NATO, Moldau zu unterstützen. Derzeit würden Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Resilienz in Moldau erarbeitet. **Julie Dzerowicz** (Kanada) sprach sich für die Entwicklung eines gemeinsamen NATO-Narrativs als Gegenentwurf zu dem von Russland und China verbreiteten aus. Die auch nukleare Aufrüstung einiger Nichtmitgliedsstaaten sei besorgniserregend. **Geoana** erwiderte, die NATO befinde sich derzeit am Beginn eines strategischen Dialogs zu diesem Thema. Informationen und Aktivitäten müssten besser kommuniziert und mit anderen Institutionen, wie beispielsweise der EU geteilt werden. Gegen die globale Aufrüstung müssten der strategische Dialog verstärkt und die Rüstungskontrollen ausgeweitet werden, zum Beispiel auch auf Länder wie China. Dies sei eine der aktuellen NATO-Prioritäten. **Theo Francken** (Belgien) zeigte sich besorgt über die Aktivitäten des iranischen Regimes und bat um eine Einschätzung, wie die NATO diesen effektiv begegnen könne. **Geoana** bestätigte die Bedrohung durch den Iran und seine Unterstützung für Russland und warb dafür, unter der Voraussetzung, dass ein Engagement der NATO willkommen sei in der Region wie beispielsweise dem Irak auszubauen. **Gerald Conolly** (Vereinigte Staaten) betonte die Wichtigkeit einer operativen demokratischen Resilienz der NATO-Gemeinschaft. Ein rein militärisches Bündnis gegen Russland werde langfristig nicht ausreichen, um die Gemeinschaft zusammen zu halten. **Geoana** bestätigte, dass unter anderem Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu den fundamentalen Prinzipien und zum Grundverständnis der NATO gehöre. Allerdings sehe er derzeit keinen realistischen Konsens für einen Grundsatzbeschluss dazu. **Alec Shelbrooke** (Vereinigtes Königreich) fragte nach der Definition von territorialer Integrität und den konkreten Voraussetzungen für einen offiziellen Schutz durch die NATO für die Ukraine. **Geoana** erwiderte, die Aufnahme eines neuen Mitglieds setze neben dem politischen Konsens zur Aufnahme eines weiteren Mitglieds die Bereitschaft des Beitrittslands voraus, mit Hilfe von Reformen bestimmte Standards zu erfüllen. Es handele sich um einen vielschichtigen Prozess im Rahmen eines politischen Diskurses, welcher nicht vorweggenommen werden könne. Zunächst müsse die Ukraine im Kampf gegen Russland unterstützt werden, im Anschluss daran könne der Beitrittsdiskurs beginnen. **Ante Bacic** (Kroatien) sprach sich dafür aus, bereits jetzt die Entminung der Ukraine nach Kriegsende vorzubereiten und die Zusammenarbeit zwischen der EU, NATO und Ländern mit entsprechender Erfahrung zu fördern. **Njall Trausti Fridbertsson** (Island) erkundigte sich nach NATO-Vorhaben zum Schutz der maritimen Infrastruktur im Nord-Atlantik. **Geoana** betonte, der NATO sei die wichtige Rolle der nord-atlantischen Region insbesondere für die Energieversorgung bewusst und arbeite an einer Strategie zur Förderung der Resilienz sowie zur Zusammenarbeit mit den beteiligten privaten Unternehmen.

8.4 Beratung und Abstimmung des Erklärungsentwurfs „Eine neue NATO in einem Zeitalter des strategischen Wettbewerbs: Beschleunigung der Anpassung der NATO auf dem Gipfel von Vilnius“, vorgestellt von der Berichterstatterin Linda Sanchez (Vereinigte Staaten)

Berichterstatterin **Linda Sanchez** erläuterte, die zwei zentralen Prioritäten der NATO seien die Entwicklung einer Strategie zur praktischen Umsetzung des Bekenntnisses zu gemeinsamen demokratischen Werten und die Fortentwicklung der drei Hauptaufgaben Verteidigung, Krisenprävention und gemeinsame Sicherheit. Ein Zentrum für demokratische Resilienz müsse rasch eingerichtet werden. Die Gemeinschaft müsse bereit sein, sich gegen vielschichtige Bedrohungen zu verteidigen und dürfe solche aus China oder durch technologische Herausforderungen nicht vernachlässigen. Für eine verbesserte Krisenresilienz müssten strategische Abhängigkeiten und Schwachstellen abgebaut werden. Zudem sollen die Verteidigungsausgaben und Investitionen auch über die vereinbarten zwei Prozent hinaus gesteigert werden.

In der anschließenden Beratung beantragte **Andrés Ingi Jónsson** (Island), unterstützt von **Merle Spellerberg** (Bündnis 90/Die Grünen), **Rodrigue Demeuse** (Belgien), **Rachel Blaney** (Kanada), **David Stögmüller** (Österreich), im letzten Absatz der Erklärung ein konkretes Bekenntnis zur nuklearen Abrüstung zu ergänzen. Dies wurde von **Sanchez** abgelehnt mit der Begründung, dass die nuklearen Kapazitäten der NATO-Mitgliedsländer ihre zentrale Sicherheitsgarantie gegenüber Russland als einer der größten Atomkräfte weltweit seien. Russland verstoße zurzeit bereits gegen zahlreiche Waffenkontroll- und Nichtverbreitungsabkommen. Unterstützt von einigen Fürsprechern betonte sie, dass die NATO sich generell zu einer nuklearen Abrüstung bekenne, aber aktuell der falsche Zeitpunkt für konkrete Maßnahmen und Ankündigungen sei. In der finalen Abstimmung zum Änderungsantrag wurde dieser mehrheitlich abgelehnt. **John Spellar** (Vereinigtes Königreich) schlug vor, einen Absatz zur Verknüpfung der Verbreitung von terroristischen Vereinigungen mit der Verübung von Straftaten aufzunehmen. Diesbezüglich müsse eine gemeinsame Strategie entwickelt werden. Sanchez begrüßte diesen Vorschlag,

welcher von der Gemeinschaft anschließend förmlich angenommen wurde. **Lorenzo Cesa** (Italien) forderte, dass unter anderem auch Ausgaben für die Cybersicherheit für die Erreichung des Zwei-Prozent-Investitionsminimums zählen sollen. **Sanchez** wies dies als zusätzliche Ausgaben unter Verweis auf frühere Gemeinschaftsbeschlüsse zurück. **Cesa** zog daraufhin seinen Änderungsantrag zurück. Mit diesen sowie einigen weiteren formellen Änderungen wurde der Erklärungsentwurf einstimmig angenommen.

8.5 Beratung und Abstimmung des Erklärungsentwurfs „Einigkeit und Entschlossenheit zur Unterstützung der Ukraine“, vorgestellt von dem Berichterstatter und Vize-Präsidenten der NATO PV Michal Szczerba (Polen)

Berichterstatter und Vize-Präsident der NATO PV **Michal Szczerba** trug vor, die NATO müsse geschlossen an der Seite der Ukraine stehen, bis der Krieg beendet und ihre territoriale Integrität vollständig wiederhergestellt sei. Gleichzeitig müsse ihr ein konkreter Weg zur Mitgliedschaft aufgezeigt und entsprechende Unterstützung auf diesem Weg zugesagt werden. Russland und seine potenziellen Unterstützer wie Belarus, China, Iran und Nordkorea müssten für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Für die Zukunft sei ein mehrjähriges Strategieprogramm zur langfristigen Unterstützung der Ukraine zu entwickeln.

In der anschließenden Beratung bat **Solomiia Bobrovska** (Ukraine) um eine Ergänzung der ausdrücklichen Verurteilung der Ideologie und Praktiken des „*ruscism*“. Unter anderem **Theo Francken** (Belgien) merkte an, er habe den Begriff so noch nicht in offiziellen NATO-Dokumenten gelesen und er halte es für wichtig, zwischen Russland und dem derzeitigen Regime begrifflich zu differenzieren, um nicht das gesamte Land zu diskreditieren. Die russische Bevölkerung sei gespalten und stehe keineswegs geschlossen hinter der Führung Putins. Nach Kriegsende und einem möglichen Machtwechsel in Russland müssten die Beziehungen mit dem Land wieder aufgenommen werden, was der vorgeschlagene Begriff möglicherweise erschwere. Die Vertreterinnen und Vertreter der Ukraine erläuterten, der Begriff sei bereits seit einigen Jahren in der Fachliteratur zu finden, und es sei an der Zeit, diesen Begriff auch in der NATO zu etablieren. **Szczerba** befürwortete die Ergänzung; in der anschließenden förmlichen Abstimmung wurde sie entsprechend von der Mehrheit angenommen. **Theo Francken** (Belgien) schlug vor, einen Absatz zur Einordnung der Wagner-Gruppen als terroristische Organisationen und konkrete Bedrohung für die NATO-Gemeinschaft aufzunehmen. Dies wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Abschließend wurde der geänderte Erklärungsentwurf einstimmig verabschiedet.

8.6 Bericht des Schatzmeisters und Annahme des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2023

Schatzmeister **Wolfgang Hellmich** (SPD) stellte den geprüften Jahresabschluss für das Jahr 2022 sowie seinen Bericht über den Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 vor. Die Versammlung nahm die Dokumente in der jeweils vorgelegten Fassung an.

Berlin, den 14. September 2023

Dr. Johann David Wadehul
Leiter der Delegation

Peter Beuth
Leiter der Delegation des Bundesrates

9 Verabschiedete Erklärungen

Erklärung 481¹

Eine neue NATO im Zeitalter des strategischen Wettbewerbs: die Anpassungsmaßnahmen der NATO beim Gipfel von Vilnius beschleunigen

Die Versammlung,

1. **unter Hinweis auf** die beim Gipfel von Madrid am 29. und 30. Juni 2022 getroffenen historischen Entscheidungen, die NATO an eine radikal veränderte Sicherheitslage anzupassen und zu diesem Zweck die Geschlossenheit, den Zusammenhalt und die Solidarität des Bündnisses zu stärken;
2. **unter Begrüßung** der Annahme eines neuen zukunftsorientierten strategischen Konzepts, das gemeinsame demokratische Werte ins Zentrum der Reaktion des Bündnisses auf die Bedrohungen und Herausforderungen von heute stellt;
3. **überzeugt**, dass der Gipfel von Vilnius im Juli 2023 die unerschütterliche Einigkeit und Entschlossenheit des Bündnisses zeigen und gleichzeitig die Anpassung der NATO an das neue Zeitalter des strategischen Wettbewerbs beschleunigen muss;
4. **in Unterstützung** des unerschütterlichen Bekenntnisses der NATO-Mitglieder, entsprechend den Bestimmungen von Artikel 5 des NATO-Vertrages jeden Zentimeter des NATO-Gebietes zu verteidigen, und des erweiterten Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO;
5. den Beitritt Finnlands und den bevorstehenden Beitritt Schwedens zum Bündnis **begrüßend**, was nicht nur den beiden Ländern, sondern auch der NATO mehr Sicherheit verleiht;
6. **herausstellend**, dass Russland zurzeit die größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit des Bündnisses und für Frieden und Stabilität im euroatlantischen Raum darstellt, und den ungerechtfertigten, nicht provozierten, widerrechtlichen und brutalen umfassenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie die fortwährende widerrechtliche Besetzung der georgischen Regionen Abchasien und Südossetien/Zchinwali **auf das Schärfste verurteilend**;
7. die äußerst wichtige politische, militärische, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe, die einzelne Verbündete, die NATO, die EU und die NATO-Partner der Ukraine zur Unterstützung ihrer legitimen Selbstverteidigung gegen die Aggression gewähren, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
8. **unter Verurteilung** von Russlands fortgesetzter Verletzung und selektiven Umsetzung seiner Rüstungskontrollverpflichtungen, seiner Aussetzung des neuen START-Vertrags, seiner erklärten Absicht, taktische Atomwaffen in Belarus zu stationieren, und seines rücksichtslosen und inakzeptablen atomaren Säbelrasseln;
9. **unter Begrüßung** der Tatsache, dass im Strategischen Konzept anerkannt wird, dass die von der Volksrepublik China erklärten Ziele und ihre Politik des Zwangs vielfältige und systemische Herausforderungen für die Interessen, die Sicherheit und die Werte der euro-atlantischen Gemeinschaft darstellen, unter anderem durch Pekings Vertiefung der strategischen Partnerschaft mit Russland;
10. **unter Hinweis darauf**, dass Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen und Ausprägungen die unmittelbarste asymmetrische Bedrohung für das Bündnis darstellt und dass die Bekämpfung des Terrorismus für unsere kollektive Verteidigung unerlässlich ist;
11. **mit Genugtuung** über das fortgesetzte Bekenntnis der NATO zum 360-Grad-Ansatz und zur Bewältigung weiterer Bedrohungen und Herausforderungen, darunter der sich verändernden terroristischen Bedrohung, der Instabilität im Süden und Osten, böswilliger Cyberaktivitäten und hybrider Operationen, der sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels, der irregulären Migration, des Menschenhandels, der Ernährungsunsicherheit, der Bedrohungen der Energieversorgungssicherheit sowie der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und fortgeschrittener Militärtechnologie;
12. **unter erneuter Bekräftigung** ihrer uneingeschränkten Unterstützung der NATO-Politik der offenen Tür und der euro-atlantischen Integration der Ukraine, Georgiens und Bosnien und Herzegowinas und **in Würdigung** der beträchtlichen Anstrengungen der Ukraine, auf dem Weg zum Beitritt voranzukommen;

¹ angenommen von der Versammlung bei ihrer Plenarsitzung in Luxemburg am Montag, 22. Mai 2023.

13. **unter Begrüßung** der in der Gemeinsamen Erklärung der NATO und der EU von 2023 formulierten Zusage, diese einzigartige und unerlässliche Partnerschaft auf eine neue Stufe zu heben, und die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen gleichgesinnten Partnern in der ganzen Welt, die sich nachdrücklich zu demokratischen Werten und der regelbasierten internationalen Ordnung bekennen, **unterstützend**;
14. **unter Betonung** der Tatsache, dass das Bündnis seine Fähigkeiten und Fachkompetenz im Bereich der Krisenbewältigung aufrechterhalten muss und dabei die Erfahrungen aus früheren Missionen, einschließlich der fast zwei Jahrzehnte währenden NATO-Mission in Afghanistan, in vollem Umfang einzubeziehen sind;
15. **unter Hervorhebung** der Tatsache, dass eine Stärkung der nationalen und kollektiven Resilienz innerhalb des Bündnisses unerlässlich ist, damit die NATO ihre Kernaufgaben erfüllen kann, und dass damit die Bemühungen zum Schutz der Bündnisstaaten, ihrer Gesellschaften und ihrer gemeinsamen Werte unterstützt werden;
16. **davon überzeugt**, dass höhere und anhaltende Investitionen in die Verteidigung unerlässlich sind, um aktuellen und zukünftigen Bedrohungen und Herausforderungen zu begegnen, den technologischen Vorsprung des Bündnisses zu wahren und die Munitions- und Ausrüstungsbestände schnellstens aufzufüllen und zu erweitern;
17. **FORDERT** die Staats- und Regierungschefs des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**, bei ihrem Gipfeltreffen in Vilnius
- a) ihr Bekenntnis zu allen Aspekten ihrer Unterstützung der Ukraine, ihrer Unabhängigkeit, ihrer territorialen Unversehrtheit und ihres Rechts auf Selbstverteidigung und Selbstbestimmung zu bekräftigen, die politische, militärische, aufklärungstechnische, finanzielle, ausbildungsmäßige und humanitäre Unterstützung seitens der Verbündeten, der NATO, der EU und der NATO-Partner zu verstärken und zu beschleunigen und diese Unterstützung so lange aufrechtzuerhalten, bis die Ukraine sich durchsetzt;
 - b) das im neuen Strategischen Konzept bekräftigte Bekenntnis zu gemeinsamen demokratischen Werten umzusetzen, unter anderem durch die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz im NATO-Hauptquartier;
 - c) einen neuen Ansatz im Hinblick auf die Beziehungen zu Russland auf der Grundlage der im Strategischen Konzept dargelegten Charakterisierung Russlands als "größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit des Bündnisses" zu operationalisieren;
 - d) die Ratifizierung des Beitritts von Schweden zum Nordatlantischen Bündnis so rasch wie möglich abzuschließen;
 - e) die vollständige Umsetzung der neuen Grundanforderung für das neu aufgestockte Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der NATO durch entsprechende konventionelle, nukleare, Raketenabwehr-, Weltraum- und Cyberfähigkeiten sowie auch durch die neuen Pläne, das neue Streitkräftemodell und die neue Kommandostruktur der NATO zu beschleunigen, unter anderem durch die Verlegung zusätzlicher robuster kampfbereiter Kräfte vor Ort an die Ostflanke, die, wo und wenn erforderlich, auf Einheiten von Brigadegröße aufgestockt werden, was mit glaubwürdigen, schnell verfügbaren Verstärkungskräften, einsatznah bereitgestelltem Gerät und optimierter Führung gestützt wird;
 - f) die Sicherheit in der Schwarzmeerregion zu erhöhen, indem unter anderem die sicherheitsspezifischen Entwicklungen und Regelungen weiterhin genau beobachtet und die dortigen Verbündeten und Partnerländer bei der Wahrung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region unterstützt werden;
 - g) die NATO auch in Zukunft als Plattform für die Koordinierung intensiver Diskussionen und enger Konsultationen über Rüstungskontrollbemühungen zu nutzen und dabei das vorherrschende Sicherheitsumfeld und eine effektive Abschreckung und Verteidigung zu berücksichtigen;
 - h) das Bewusstsein für die systemische Herausforderung durch China zu schärfen, einschließlich seiner Versuche, im Verbund mit Russland die Demokratie und die regelbasierte internationale Ordnung zu schwächen, um so sicherzustellen, dass die NATO dauerhaft in der Lage ist, die Verteidigung und Sicherheit der Verbündeten zu gewährleisten, und zugleich weitere Möglichkeiten für einen konstruktiven Dialog mit Peking zu suchen;
 - i) ihre Anstrengungen fortzusetzen, Bedrohungen durch terroristische Gruppen zu bekämpfen, durch Abschreckung zu verhindern, abzuwehren und auf sie zu reagieren, und zu diesem Zweck verstärkt mit der EU und anderen Partnern, insbesondere im Süden, zusammenzuarbeiten;
 - j) möglichst rasch gemäß den neuen Leitlinien für die NATO-Verteidigungsplanung Fähigkeitenanforderungen für die Verbündeten festzulegen;

- k) sich auf neue Verpflichtungen für Verteidigungsausgaben und -investitionen über das Jahr 2024 hinaus zu einigen, bei denen das Mindestinvestitionsniveau für Verteidigung 2 % des BIP übersteigt;
- l) die Bemühungen auf nationaler, EU- und multinationaler Ebene zu fördern und eine Zusage der NATO gegenüber der Rüstungsindustrie abzugeben, die eine Zusammenarbeit mit der Branche umfasst, um die Bestände schnellstens aufzufüllen und zu erweitern, wobei gleichzeitig die Prioritäten hinsichtlich der langfristigen Fähigkeiten besser sichtbar zu machen und die volle Komplementarität dieser verschiedenen Maßnahmen zu gewährleisten sind;
- m) weiterhin in Innovationen zu investieren und durch modernste nationale wie auch gemeinsame Forschung, Entwicklung und Beschaffung den technologischen Vorsprung der NATO zu wahren, dabei Maßstäbe zu setzen und sich zu den Grundsätzen der verantwortungsvollen Nutzung zu bekennen, die den im Bündnis geltenden demokratischen Werten und Menschenrechten Rechnung tragen;
- n) im Hinblick auf unsere nationale und kollektive Resilienz einen robusteren, stärker integrierten und kohärenteren Ansatz zu verwirklichen und dabei in enger Abstimmung mit militärischen, zivilen und privaten Akteuren strategische Verwundbarkeiten und Abhängigkeiten, insbesondere mit Blick auf die kritische Infrastruktur, die Versorgungsketten und den Energie- und Gesundheitssektor der Verbündeten, zu identifizieren wie auch zu mindern;
- o) verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um den Versuchen Russlands und anderer autoritärer Akteure, die Demokratien der Verbündeten und ihrer Partner insbesondere durch böswillige Cyberaktivitäten, hybride Operationen und feindselige Informationsaktivitäten zu schwächen, entschieden und konsequent entgegenzutreten;
- p) im Rahmen eines Fahrplans zur Umsetzung der in der Gemeinsamen Erklärung der NATO und der EU von 2023 formulierten Zusagen die strategische Partnerschaft zwischen der NATO und der EU durch eine Intensivierung der politischen Konsultationen und der Zusammenarbeit in Fragen von gemeinsamem Interesse zu stärken;
- q) die euro-atlantische Integration der Ukraine weiterhin aktiv zu unterstützen und sich auf die nächsten Schritte in Richtung eines NATO-Beitritts der Ukraine zu verständigen;
- r) darzulegen, wie die Verbündeten und die NATO der Ukraine auch dann Beistand leisten können, wenn sich das Land im gegenwärtigen Krieg durchgesetzt hat, und wie sie dazu beitragen können, künftige Aggressionen gegen die Ukraine durch Abschreckung zu verhindern;
- s) verstärkte maßgeschneiderte Unterstützungspakete für Bosnien und Herzegowina, Georgien und die Republik Moldau alsbald umzusetzen und zugleich die euro-atlantische Integration Georgiens und Bosnien und Herzegowinas sowie Georgien bei den Schritten in Richtung eines letztendlichen NATO-Beitritts zu unterstützen;
- t) die politische und praktische Zusammenarbeit mit anderen gleich gesinnten Partnern, einschließlich der Demokratien im Indopazifik, weiter auszubauen, um die regelbasierte Ordnung zu verteidigen und gemeinsame Herausforderungen anzugehen;
- u) die Anstrengungen zur Festlegung der Rahmenbedingungen für das künftige Engagement der NATO bei der Krisenbewältigung zu beschleunigen;
- v) weiter verstärkt darauf hinzuwirken, dass die NATO die führende internationale Organisation dafür wird, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit zu verstehen und sich entsprechend anzupassen, und dass sie ihren eigenen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels steigert;
- w) die Dynamik bei der Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit als wesentlichem Ausdruck der Werte des Bündnisses aufrechtzuerhalten;
- x) die unverzichtbare Rolle der Versammlung und ihren Beitrag zu einer starken und beständigen transatlantischen Einigkeit und Geschlossenheit, zur Förderung der gemeinsamen demokratischen Werte, von denen das Bündnis getragen wird, und zur Bekämpfung von Desinformation anzuerkennen.

Erklärung 482²**Gemeinsam und entschlossen für die Unterstützung der Ukraine**

Die Versammlung,

1. **fest** an der Seite der Ukraine und des ukrainischen Volkes **stehend**;
2. den fortwährenden unprovokierten, ungerechtfertigten, brutalen und widerrechtlichen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste **verurteilend**;
3. **unter Betonung** der Tatsache, dass Russlands Krieg darauf abzielt, die Demokratie der Ukraine zu zerschlagen und im weiteren Sinne die Werte zu untergraben, die für die NATO und die gesamte demokratische, zivi- lisierte und friedliche Welt von grundlegender Bedeutung sind;
4. **unter Hinweis auf** ihren fortwährenden tiefen Respekt und ihre Bewunderung für die bemerkenswerte Wi- derstandsfähigkeit des ukrainischen Volkes, der Sicherheitskräfte und der Behörden und ihrer Entschlossenheit, für ihre Freiheit zu kämpfen und das Hoheitsgebiet der Ukraine gemäß ihren international anerkannten Grenzen von 1991 zu befreien;
5. **in Bekräftigung** ihrer unerschütterlichen Unterstützung für die Demokratie, Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Unversehrtheit, Selbstverteidigung und Selbstbestimmung der Ukraine;
6. **vereint und entschlossen** in ihrem Bekenntnis, diese Unterstützung so lange aufrechtzuerhalten, bis die Uk- raine den Sieg errungen hat;
7. **in der Erkenntnis**, dass die Ukraine einen wesentlichen Beitrag zur euro-atlantischen Sicherheit leistet, in- dem sie sich der nicht provokierten und ungerechtfertigten militärischen Aggression Russlands widersetzt;
8. **überzeugt**, dass der NATO-Gipfel in Vilnius ein klares politisches Signal an die Ukraine senden und den Weg zur ukrainischen Mitgliedschaft weiter stärken sollte;
9. **begrüßt** die Einladung an Präsident Selenskyj zur Teilnahme am Gipfel in Vilnius und hofft, dass bei dem Gipfel ein Treffen der NATO-Ukraine-Kommission auf Ebene der Staats- und Regierungschefs stattfinden kann;
10. ihre Erklärung in Entschließung 479 "Die NATO nach dem Gipfel von Madrid", dass die Russische Föderation unter dem derzeitigen Regime mit ihren vorsätzlichen Angriffen auf städtische Zentren und kritische Infra- strukturen, die die Stromversorgung und Wasser- und Heizungssysteme für Millionen von Menschen in der ge- samten Ukraine unterbrochen haben, ein terroristischer Staat ist, **erneut unmissverständlich bekräftigend**;
11. **unter Hinweis darauf**, dass die Aggression Russlands dazu geführt hat, dass 5,5 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer innerhalb des Landes vertrieben wurden und über 8 Millionen Menschen in anderen Ländern Zu- flucht suchen mussten;
12. **unter Bekräftigung** der Tatsache, dass sie niemals die widerrechtliche und gewaltsame Annexion ukrai- nischer Hoheitsgebiete durch Russland anerkennen wird;
13. **entschlossen**, das russische Regime, seine Mitaggressoren im belarussischen Regime und alle anderen Täter unter anderem für das Verbrechen der Aggression, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und mögliche Völkermordakte in der Ukraine zur Rechenschaft zu ziehen;
14. die historische Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs **begrüßend**, einen Haftbefehl für Wladi- mir Putin auszustellen, der mutmaßlich für das Kriegsverbrechen der widerrechtlichen Verschleppung der Bevöl- kerung aus besetzten Gebieten der Ukraine in die Russische Föderation zum Nachteil ukrainischer Kinder verant- wortlich ist, und **feststellend**, dass die gewaltsame Umsiedlung von Kindern aus einer Gruppe in eine andere mit der Absicht, eine nationale, ethnische oder religiöse Gruppe oder Menschen mit anderer Hautfarbe ganz oder teilweise zu vernichten, nach den Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Verhüt- tung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 einen Akt des Völkermordes darstellt;
15. **besorgt** über die zunehmende Unterstützung des russischen Aggressionskrieges durch das belarussische Re- gime, insbesondere über die Nutzung des Hoheitsgebiets von Belarus zu Ausbildungszwecken und logistischen Zwecken;
16. die Unterstützung des iranischen Regimes für Russland und die Versuche Russlands, die Lieferung von Waf- fen und Munition insbesondere aus Nordkorea zu sichern, **verurteilend**;

² angenommen von der Versammlung bei ihrer Plenarsitzung in Luxemburg am Montag, 22. Mai 2023.

17. die Tatsache **herausstellend**, dass jegliche Bereitstellung tödlicher Hilfsmittel für Russland von Seiten Chinas ein historischer Fehler wäre, der tiefgreifende Auswirkungen hätte;
18. die Friedensformel von Präsident Selenskyj **begrüßend**, die die Grundlage für einen umfassenden, gerechten und nachhaltigen Frieden bildet;
19. **entschlossen**, den Wiederaufbau der Ukraine und die weitere Stärkung der Demokratie in der Ukraine zu unterstützen und die Ukraine zu ermutigen, die Verabschiedung der erforderlichen Reformen zu beschleunigen;
20. die Ausnutzung des Hungers von Seiten Russlands als Waffe im Rahmen der russischen Ideologie und Praktiken des "Russismus" **verurteilend** und die fortwährende Bedeutung der von den Vereinten Nationen und Türkei vermittelten Schwarzmeer-Getreideinitiative für die weltweite Ernährungssicherheit **herausstellend**;
21. **überzeugt**, dass die Zukunft der Ukraine in der euroatlantischen Familie liegt, und entschlossen, die Ukraine weiterhin auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft zu unterstützen, den das ukrainische Volk gewählt hat und der in der Verfassung der Ukraine verankert ist;
22. **mit Lob** für die umfassenden Bemühungen der Ukraine, in Richtung einer NATO-Mitgliedschaft voranzukommen und sich auch in Zeiten eines umfassenden Krieges für Reformen einzusetzen;
23. die Tatsache **erneut bekräftigend**, dass Russland heute die größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten sowie für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum darstellt;
24. **in Unterstützung** des unerschütterlichen Bekenntnisses der NATO-Mitglieder, entsprechend den Bestimmungen von Artikel 5 des NATO-Vertrages jeden Zentimeter des NATO-Gebietes zu verteidigen, und des erweiterten Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO;
25. **fordert** die Regierungen und Parlamente des nordatlantischen Bündnisses **nachdrücklich auf**,
 - a) sich auf dem Gipfel in Vilnius erneut zu allen Aspekten ihrer Unterstützung für die Ukraine, ihre Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit, Souveränität sowie das Recht auf Selbstverteidigung und Selbstbestimmung zu bekennen, die politischen, militärischen, nachrichtendienstlichen, finanziellen, ausbildungsbezogene und humanitäre Unterstützung der Verbündeten, der NATO, der EU und der NATO-Partner zu verstärken und zu beschleunigen und diese Unterstützung so lange aufrechtzuerhalten, bis die Ukraine den Sieg errungen und ihre territoriale Unversehrtheit in vollem Umfang wiederhergestellt hat;
 - b) die Lieferung von militärischer Ausrüstung, die die Ukraine dringend benötigt, durch die Verbündeten weiter zu verstärken und zu beschleunigen, beispielsweise zusätzliche Munition, fortschrittliche Artillerie, Raketen, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, Luftverteidigungssysteme, Kampfflugzeuge und der notwendigen Unterstützungselemente, um der Ukraine bei der Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeiten und ihres Potenzials einschließlich der Land-, See- und Luftkomponenten zu helfen;
 - c) die Wagner-Gruppe ausdrücklich als kriminelle und terroristische Organisation einzustufen und ihre Taten in der Ukraine und in anderen Teilen der Welt entschieden zu verurteilen;
 - d) russische Diplomateninnen und Diplomaten auszuweisen, die sich an feindseligen Aktivitäten beteiligen, beispielsweise der Verbreitung von Hetze und Desinformationen, die den Konflikt anheizen und die Lage in der Ukraine destabilisieren;
 - e) alle Zusagen zu erfüllen und das umfassende Hilfspaket für die Ukraine zu stärken und zusätzliche Mittel für ein strategisches mehrjähriges NATO-Hilfsprogramm für die Ukraine bereitzustellen, einschließlich der Unterstützung der Minenräumung, der medizinischen Behandlung und Rehabilitation, des Übergangs der Ukraine von der Ausrüstung aus Sowjetzeiten zur NATO-Ausrüstung, -Standards und -Doktrinen, zur Ausbildung und Ausbildung für das ukrainische Militär und zur Verbesserung der Interoperabilität zwischen ukrainischen Streitkräften und NATO-Streitkräften;
 - f) erneut zu bestätigen, dass die Ukraine ihren rechtmäßigen Platz in der NATO hat, dass die Ukraine Mitglied des Bündnisses wird, dass die Verbündeten die Ukraine bei der Erfüllung der notwendigen Anforderungen auf dem klaren Weg zum Beitritt unterstützen werden und dass die Ukraine erhebliche Fortschritte auf diesem Weg erzielt hat;
 - g) die euroatlantische Integration der Ukraine weiterhin aktiv zu unterstützen und sich auf die nächsten wichtigen Schritte hin zu einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu einigen;
 - h) auf dem Gipfel in Vilnius die Notwendigkeit fester künftiger Sicherheitsgarantien für die Ukraine bis zum Erwerb der NATO-Mitgliedschaft hervorzuheben;

- i) die massiven, lähmenden und anhaltenden Sanktionen so lange auszuweiten, bis Russland alle seine Truppen aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abgezogen hat;
- j) weiterhin die Einsetzung eines Sondergerichts zu unterstützen, das Russlands Verbrechen der Aggression strafrechtlich verfolgt und nationale und internationale Gerichte bei der Dokumentation und strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und möglichen Akten des Völkermords unterstützt;
- k) die Bemühungen der Ukraine zu unterstützen, ihren Plan für einen umfassenden, gerechten und nachhaltigen Frieden zu fördern;
- l) weiterhin substanzielle kurz- und langfristige humanitäre, finanzielle und materielle Hilfe für die Ukraine zu mobilisieren;
- m) ein umfassendes Hilfsprogramm zu unterstützen, das dem Marshall-Plan für den Wiederaufbau einer wohlhabenderen Ukraine entspricht, die fest in der liberalen demokratischen Völkerfamilie verankert ist;
- n) Reparations- und Entschädigungsmechanismen zu unterstützen und die Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte in Erwägung zu ziehen, um sicherzustellen, dass Russland für die von ihm verursachten Schäden und Verluste zahlt und einen finanziellen Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine leistet und dabei die Lektionen der Geschichte beherzigt;
- o) anzuerkennen, dass der Wiederaufbau eine nachhaltige finanzielle und politische Unterstützung von Seiten der internationalen Gemeinschaft erfordern wird, und damit zu beginnen, in enger Abstimmung mit der Ukraine, der EU und wichtigen internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank und dem IWF eine Strategie zur Finanzierung der wirtschaftlichen Wiedergeburt der Ukraine zu skizzieren;
- p) die wichtige Rolle der Versammlung bei der Unterstützung der demokratischen Konsolidierung der Ukraine und bei der Annäherung der Ukraine an den Status der Vollmitgliedschaft anzuerkennen.

